Serie über Franz Josef Strauß (Teil 2) Seite 6

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags





Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 29 vom 20. Juli 1979 | 13. Jahrgang | 1 DM

Kampfentschlossen zeigten sich die Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel Westberlins. In den letzten Wochen kam es in Kaufhäusern wie zum Beispiel bei Horten, Karstadt, Hertie (KaDeWe) sowie in Supermärkten wie bei Aldi zu einer Serie von Warnstreiks. Die Lohnforderungen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) lautete: 130 Mark mehr Lohn und Gehalt für alle. Die Kaufhauskapitalisten boten nur 75 Mark. An den Warnstreiks beteiligten sich in Westberlin mehrere tausend Verkäuferinnen und Verkäufer. Sie legten bis zu sechs Stunden die Arbeit nieder. Die Kaufhausbosse schreckten nicht davor zurück, die Streikenden von leitenden Angestellten in provokativer Weise „observieren", also bespitzeln zu lassen. Teilweise ließen sie sogar Streikende fotografieren. Die Kolleginnen und Kollegen aber ließen sich durch diese widerwärtigen Einschüchterungsmaßnahmen nicht den Schneid abkaufen. Trotz ihrer Kampfentschlossenheit konnten die Westberliner Verkäuferinnen und Verkäufer die Forderung von 130 Mark jedoch nicht durchsetzen. Die Gewerkschaftsführung fiel ihnen in den Rükken und handelte in der letzten Woche einen faulen Kompromiß aus.

In Niedersachsen und Rheinland-Pfalz erklärte die HBV die Verhandlungen inzwischen für gescheitert. Auch in Niedersachsen war es zu großen Warnstreiks gekommen. In Rheinland-Pfalz wurde als Termin für die Urabstimmung von der HBV-Führung der 20. 7. genannt.

Reallöhne sinken. Konzerne kassieren.

Der Nachschlag ist fällig. Jetzt!

Alles wird teurer: Heizöl, Benzin, Lebensmittel. Die Lohnerhöhungen vom Frühjahr sind längst dahingeschmolzen. Besser gesagt: Die Herren der Banken und Konzerne haben sie uns aus der Tasche gezogen. Und die Preiswelle rollt weiter. Ihr Höhepunkt steht uns noch bevor. Soll der Arbeiter da noch länger stillhalten?

Die letzte Tarifrunde brachte die niedrigsten Lohnerhöhungen der siebziger Jahre. Die Gewerkschaftsbonzen beschwichtigen die Kollegen: Dafür seien ja die Preise stabil, die Inflationsrate werde die 3-Prozent-Marke kaum übersteigen. Inzwischen sind derlei Prognosen geplatzt wie eine Seifenblase.

Die auf Verharmlosung hin manipulierte offizielle Inflationsrate wird schon jetzt mit 3,9 Prozent angegeben. Daß sie bis zum Jahresende die 5-Prozent-Marke zumindest erreicht haben wird, gilt bereits als sicher. Dabei liegt die reale Verteuerung der Lebenshaltungskosten für einen Arbeiterhaushalt jedoch noch höher. Allein die Heizölpreise sind bereits um mehr als 60 Prozent gestiegen. Jetzt ziehen auch die Nahrungsmittelpreise verstärkt an.

1973 gingen die Kollegen von Hoesch Phönix, Dortmund, für einen Nachschlag auf die Straße; „Solang sich Abs nicht in die Hose faßt, wird keine Arbeit angefaßt!"

Was die Bevölkerung an höheren Preisen bezahlen muß, löst sich natürlich nicht in blauen Dunst auf. Es landet auch nicht, wie uns die Regierung erzählen will, mehr oder weniger in den Händer der OPEC-Länder. Mehr als 90 Prozent der höheren Preise fließt in die Taschen der Hauptpreistreiber. Und das sind die Profithaie in den Vorstandsetagen jener Konzernpaläste, die in Düsseldorf, in Essen oder auch an der Wallstreet in Washington stehen.

In einem Chor mit der Regierung in Bonn fordern die DGB-Führer Vetter und Loderer uns dazu auf, stillzuhalten und die regulären Tarifverhandlungen abzuwarten. Aber das würde bedeuten, den Abbau der Reallöhne zu akzeptieren und die Profithaie zu ermuntern, uns noch frecher in die Taschen zu greifen. Jetzt heißt es, den Nachschlag durch Aktionen im Betrieb zu holen!

Benzinpreiserhöhung

Neuerlicher Raubzug der Ölmultis

Reallöhne sinken. Konzerne kassieren.

Wieder haben die Mineralölkonzerne zugeschlagen. Mit der Erhöhung der Benzinpreise um 5 Pfennige werden sie schon bis Ende dieses Jahres dem bundesdeutschen Benzinverbraucher zusätzliche 750 Mark aus der Tasche gezogen haben. Von dieser fetten Beute fällt auch für den Bonner Finanzminister ein saftiger Brocken ab: Die erhöhten Benzinpreise erbringen eine zusätzliche Mehrwertsteuer von 70 Millionen Mark bis zum Jahresende. Wohin diese Mehreinnahme fließt, hat Kanzler Schmidt bereits angekündigt: in die Subventionierung der Kohleforschung. Praktisch also wieder zurück in die Taschen der Energie bzw. Mineralölkonzerne.

Die Ölmultis schieben den OPEC-Ländern den schwarzen Peter zu. In Wahrheit jedoch ist die Erhöhung der Förderpreise für das Rohöl durch die OPEC-Länder für die Profithaie von Esso, Shell, BP usw. nur der willkommene Vorwand. Würden sie sich nämlich damit begnügen, die gestiegenen OPEC-Preise nur an den Verbraucher weiterzugeben, dann dürfte sich das Benzin noch nicht einmal um einen Pfennig pro Liter verteuern.

Der neue Raubzug der Ölmultis wird einen Rattenschwanz von Preissteigerungen bei Verbrauchsgütern und Dienstleistungen aller Art hinter sich herziehen. Dazu kommt, daß jetzt auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer anfängt, sich auszuwirken. So wird die Inflation angeheizt. Für die Monopol- und Bankherren bringt die Teuerungswelle zusätzliche Milliarden an Profit. Die Werktätigen müssen dafür bluten. Am stärksten gerade diejenigen, die ohnedies die niedrigsten Einkommen haben: die Arbeiter- und Rentnerhaushalte.

Somozas Terrorherrschaft ist niedergeschlagen

Die Volksstreitkräfte haben die Hauptstadt Managua eingeschlossen. Somoza hatte zuletzt noch versucht, ein militärisches Eingreifen der faschistischen Nachbarstaaten Guatemala, El Salvador und Honduras zu erwirken. Allerdings scheint der eigentliche Oberherr des lateinamerikanischen Faschismus, der USA-Imperialismus, sich keine Chance mehr für ein Überleben des Somoza-Regimes auszurechnen. Zu sehr ist der Massenmörder Somoza und sein Clan von allen Schichten der Gesellschaft Nicaraguas isoliert. Die USA bemühen sich jetzt verstärkt darum, ihren Einfluß in Nicaragua über andere Kreise zu retten, zum Beispiel indem sie reaktionäre bürgerliche Kräfte unterstützen, die in Opposition zum Somoza-Regime stehen. Gleichzeitig versuchen die USA, Somozas Nationalgarde auf jeden Fall vor der Auflösung zu retten. Ohne völlige Zerschlagung der Nationalgarde gibt es jedoch keine wirkliche Befreiung Nicaraguas.

Antifaschistische Kundgebung in Westberlin

Stoppt die Grauen Wölfe!

Massiver Polizeischutz für türkische Faschisten

In der letzten Zeit haben nicht nur die Aktivitäten deutscher neonazistischer Gruppen und Grüppchen skandalöse Dimensionen angenommen, auch ausländische Faschisten, vor allem türkische, treiben immer dreister ihr Unwesen. Das Auftreten der türkischen Faschisten ist wie das ihrer deutschen Gesinnungsfreunde von massivem Polizeischutz begleitet.

Am 14. Juli hat die Westberliner „Initiative gegen die Faschisten aus der Türkei" zu einer Kundgebung aufgerufen. Anlaß war eine Filmveranstaltung türkischer „Idealistenvereine", hinter denen sich die faschistischen Grauen Wölfe und die MHP verbergen. Gezeigt werden sollte der Film „Wann wird die Sonne scheinen". Im Zusammenhang mit diesem Film, der die Türkei in rassistischer Weise verherrlicht, war es in der Türkei zu einem blutigen Massaker der Faschisten unter türkischen Patrioten und Antifaschisten gekommen, bei dem über 1 000 Menschen ums Leben kamen.

Obwohl der Film in verschiedenen westdeutschen Städten wegen seines volksverhetzenden Inhalts verboten ist, weigerten sich der Senat und die Alliierten, die Filmveranstaltung zu verbieten.

Als 600 deutsche und türkische Antifaschisten vor der Taverne, dem Veranstaltungslokal, aufgezogen waren, hatten fünf Hundertschaften der Polizei die Taverne in eine Festung verwandelt. Trotzdem gelang es den Demonstranten, verschiedene türkische Kollegen vom Besuch der Faschistenveranstaltung abzuhalten.

Für das Verbot aller neonazistischen Organisationen!



Kommentar

So mancher abgebrühte Gangster mag heute mit sich hadern: „Warum bin ich nicht Großaktionär eines Mineralölkonzerns geworden?!“

Und in der Tat. Nach einer Schätzung der „Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher“ (AGV) kostet die Energieverteuerung in der Bundesrepublik den durchschnittlichen Vierpersonenhaushalt in den kommenden 12 Monaten rund 800 Mark. Im Schnitt wird also jeder Bundesbürger von den Energiekonzernen durch die Preiserhöhungen um 200 Mark beraubt. Welcher Gangsterboss, und sei es der größte Unterweltkönig, den Chicago je gesehen hat, kann von einem solchen „Ding“ jemals träumen?

Die Empörung über den hemmungslosen Preiswucher der Ölmultis ist groß. Wie nicht anders zu erwarten, versuchen die Propagandasprachrohre der Konzernherren den Volkszorn auf die OPEC-Länder abzulenken. Wieder einmal müssen die Ölscheichs als Blitzableiter herhalten. Tatsache ist jedoch, daß uns der Preiswucher bei den Mineralölprodukten schon seit mehr als sechs Monaten in Atem hält, während die OPEC-Beschlüsse kaum einige Wochen alt sind. Tatsache ist weiterhin, daß allein die jetzige neuerliche Anhebung des Benzinpreises um 5 Pfennig in krassem Mißverhältnis zur tatsächlichen Verteuerung des Rohöls steht.

Würden die Mineralölkonzerne lediglich die Preiserhöhungen, die die OPEC Länder jetzt für ihr Rohöl nehmen, an den Verbraucher weitergeben, dann dürfte z. B. das Benzin nur um ca. 0,6 Pfennige teurer werden. Die jetzige Preiserhöhung beim Benzin jedoch beläuft sich auf das Achtfache!

Nun kommt man uns mit einer zusätzlichen Rechtfertigung. Sie lautet, die Preiserhöhungen seien notwendig, weil die Mineralölindustrie in den vergangenen Jahren ständig Verluste gemacht habe.

Kommen einem da nicht die Tränen? Aus reiner Nächstenliebe haben uns die Idealisten von den Mineralölkonzernen all die Jahre mit Heizöl und Benzin versorgt.

Peinlich ist in diesem Zusammenhang allerdings, daß sogar solch eingefleischte Verteidiger der Ölmultis, wie etwa die Springerpresse, das rührende Märchen von den Verlusten nicht ohne Einschränkung weitererzählen mögen. So mußte „Die Welt“ am 9. Juli eingestehen, daß die Ölmultis im Jahr 1978 einen Gewinn erzielten, der auf 48 Milliarden Mark geschätzt wird. Wenn die Ölmultis also von Verlusten reden, wo sie Milliardengewinne scheffelten — wie groß muß dann erst der Reibach sein, den sie aus dem Raubzug der vergangenen Monate gezogen haben?!

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, die ganz gewiß nicht im Ruch der Verfassungsfeindlichkeit oder des Linksextremismus steht, beklagt, daß es ein „Grundrecht auf billige Energie“ für den Verbraucher nicht gibt. Das ist wahr! Zumindest was die Bundesrepublik betrifft, gibt es ein derartiges Recht nicht. Vor allem nicht für „Otto Normalverbraucher“, der sein Heizöl oder sein Benzin weder steuerbegünstigt noch mit Mengenrabatt kaufen kann. Was es hierzulande gibt, das ist vielmehr das Recht der Monopolherren, sich auf Kosten der Masse des Volkes zur bereichern, daß es zum Himmel stinkt.

Ein gewöhnlicher Räuber muß damit rechnen, von der Justiz verfolgt und der Polizei gehetzt zu werden. Nicht so die Preiswucherer von den Energiekonzernen. Ihre Raubzüge werden von den Spitzen unseres Staates und der Bonner Parteien gebilligt, ja sogar noch als „gemeinnützige Tat“ gepriesen.

Allen voran haben Kanzler Schmidt und Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff immer wieder verkündet, es sei völlig abwegig, die Ölmultis wegen ihrer Preispolitik zu kritisieren. Erstens komme eine staatliche Einflußnahme auf die „Preisgestaltung“ durch die Mineralölkonzerne schon deshalb nicht in Frage, weil das den „marktwirtschaftlichen Grundsätzen“ zuwiderlaufe. Zweitens sein wir alle auf die Ölmultis nun einmal angewiesen. Drittens aber hätten die Preissteigerungen den Vorteil, daß sie dämpfend auf die Nachfrage wirken und dadurch den Verbrauch regulieren würden.

Was ist das für eine Gesellschaftsordnung, in der die schrankenlose Profitgier der Monopole, die maßlose Bereicherungssucht einiger Profithaie den wirtschaftlichen Prozeß „reguliert“? Was ist das für ein Staatswesen, dessen Vertreter erklären, man könne ohne Wucher und Couponschneider nicht auskommen, man solle vielmehr noch dankbar dafür sein, daß man von ihnen ausgeplündert werde?

Bereits vor sechzig Jahren führte Lenin den Nachweis, daß im modernen Kapitalismus, also in dessen imperialistischem Entwicklungsstadium, die Monopole sich den Staat unmittelbar unterordnen, daß er ihnen als Werkzeug ihrer Bereicherung dient. Was sich hier und heute vor unseren Augen abspielt, zeigt klar, wie richtig die Leninsche Analyse ist.

Die größten Räuber der Geschichte

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

„Deutscher Bauerntag 1979“ in Münster

Proteste gegen Lambsdorff und Heeremann

Am 6. und 7. Juli fand in Münster der „Deutsche Bauerntag 1979“ statt. 6000 Landwirte nahmen daran teil. Sie äußersten mit Zwischenrufen, Sprechchören, Transparenten teilweise massiven Protest gegen die Politik der Regierung und des Bauernverbandes (DBV).

Vor allem die kleinen Bauern sehen sich in Westdeutschland vor gravierende Probleme gestellt: wachsende Verschuldung, Ruinierung, Ansteigen der Preise für Maschinen, landwirtschaftliche Geräte, Düngemittel und vor allem für Treibstoff und Energie. Während die großen Lebensmittelkonzerne die Lebensmittelpreise laufend verteuern, erhalten die Bauern für ihre Produkte immer weniger. Die jüngsten Agrarpreisebeschlüsse, die eine Steigerung von effektiv 0,5 Prozent vorsehen, gleichen nicht einmal die Inflationsrate aus (siehe RM Nr. 26).

Angesichts der sich verschlechternden Lage mußten die Reden eines Lambsdorff und eines Heeremann wie Hohn erscheinen. Wirtschaftsminister Lambsdorff etwa erklärte: So ungünstig, wie bisweilen gesagt werde, stelle sich die Einkommenslage der Landwirtschaft nicht dar. Er riet zu „preispolitischer Zurückhaltung“. Und er scheute sich nicht, offen ein weiteres Bauernlegen zu fordern: „Auch künftig“, führte er aus, „müsse der landwirtschaftliche Strukturwandel das Einkommenswachstum der einzelnen Betriebe tragen.“

Bauernverbandspräsident Heeremann suchte sich zunächst mit starken Worten bei den Bauern einzuschmeicheln. Doch er hatte schließlich nichts anderes anzubieten als den Versuch, die Bauern gegen die übrigen Werktätigen aufzuwiegeln. Es sei „ein Hohn“, erklärte er zum Beispiel, „wenn auf anderen Großveranstaltungen von der Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche gesprochen wird, während die Bauern bis zu 70 Stunden und mehr arbeiten müssen.“

Die Bauern indes ließen sich nicht alles gefallen. Die Rede des Lambsdorff wurde von Sprechchören wie „Wir wollen weiter Bauer bleiben; wir wollen nicht gesundschrumpfen“ unterbrochen. Der Bauernverband wurde auf einem Transparent zum Handeln im Interesse der werktätigen Bauern aufgefordert: „DBV agiere hart, wir werden in Europa untergeschafft.“ Vor allem unter den kleinen Bauern wächst die Bereitschaft, den Kampf um angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen aufzunehmen, sich im Kampf um die Erhaltung ihrer bäuerlichen Existenz zusammenzuschließen.

Uniformverbot für antifaschistische Veranstaltungen

Revanchistenaufmärsche wie gehabt

Bundeswehrsoldaten, die in Uniform an antifaschistischen, linksgerichteten oder kommunistischen Veranstaltungen teilnehmen, werden auch in Zukunft bestraft. Faschistische, revanchistische, militaristische Veranstaltungen unterliegen keiner Beschränkung. Dies geht aus einem Artikel des Bundeskriegsministers Apel im „Vorwärts“ hervor.

Apel schreibt, daß es in den vergangenen Monaten Auseinandersetzungen um die Uniformfrage im Zusammenhang mit Veranstaltungen in Dachau und Arolsen gegeben hätte. Damit spielt er auf die Fälle der Gefreiten Anselm Conrad und Michael Paul an. Conrad hatte im März dieses Jahres während einer gewerkschaftlichen Gedenkfeier im KZ Dachau einen Kranz niedergelegt und dafür eine 14tägige Arreststrafe erhalten. Gegen Michael Paul war wegen seiner Teilnahme an einer Protestveranstaltung gegen ein Treffen ehemaliger SS-Angehöriger in Arolsen im April drei Tage Arrest verhängt worden. Die Teilnahme der Soldaten an den antifaschistischen Veranstaltungen bezeichnete Apel übrigens als Provokation.

Bezeichnenderweise nimmt Apel in seinem Artikel zu dem Auftreten von uniformierten Soldaten und Offizieren auf revanchistischen und faschistischen Veranstaltungen, auf Tagungen und Unternehmerverbänden und Parteitagen von Bundestagsparteien keine Stellung. An diesen Auftritten haben sich Bonner Politiker noch nie gestört.

Im Mai dieses Jahres zum Beispiel beteiligte sich das Bundeswehr-Aufklärungsgeschwader 51 am „Traditionstreffen“ des ehemaligen Stuka-Geschwaders „Immelmann“ in Staufenberg bei Gießen. Bei dieser Gelegenheit wurde unter anderem die verbotene erste Strophe des Deutschlandliedes abgesungen. Anwesend war neben anderen Alt-und Neonazis auch der Nazi-Oberst Rudel, der es sich nicht nehmen ließ, des Nazi Verbrechers Hess zu gedenken. Derlei Auftritte gedenkt Apel auch in Zukunft nicht zu unterbinden.

Arafat bei Brandt und Kreisky

Verlogene Hetze gegen die Palästinenser

Das Zusammentreffen von SPD-Chef Brandt, dem österreichischen Bundeskanzler Kreisky und dem PLO-Führer Yassir Arafat am 7. Juli in Wien hat in Israel schärfsten Protest hervorgerufen. In Westdeutschland verurteilten vor allem Vertreter der CDU/CSU die Wiener Konsultationen.

Die Proteste zielen darauf ab, das für seine Rechte kämpfende palästinensische Volk als eine Bande von Mördern und Terroristen hinzustellen. Tatsache aber ist, daß die Palästinenser von den israelischen Zionisten aus ihrer Heimat vertrieben wurden, daß die Zionisten seitdem die Palästinenser mit rassistischem Haß verfolgen, angefangen von dem Terrorbanden Begins in den vierziger Jahren bis hin zu den Bombenangriffen gegen palästinensische Flüchtlingslager, die zur Zeit im Südlibanon stattfinden. **Die Hetze der Zionisten gegen das palästinensische Volk hat genausowenig Berechtigung wie Hitlers Hetze gegen Juden und Polen.** Sie ist lediglich ein Vorwand für bewaffnete Aggressionen.

Die Kritik aus dem Lager der CDU/CSU zielt in dieselbe Richtung. Wie heuchlerisch sie ist, beweist die Tatsache, daß das CDU-Mitglied Gerhard Schröder in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten bereits 1970 mit Arafat zusammengetroffen ist.

Besonders hinterhältig ist, daß bei der Hetze gegen die Palästinenser immer wieder auf das Schicksal der Juden unter Hitler angespielt wird. Durch diese Manöver soll die deutsche Bevölkerung moralisch auf die Seite der Zionisten gezogen werden. Was die meisten nicht wissen: Die Palästinenser haben damals von den Nazis verfolgte Juden aufgenommen und den Völkermord Hitlers entschieden verurteilt. Zum Dank dafür werden sie heute von den Zionisten terrorisiert, die ihren Feldzug gegen die Palästinenser zum großen Teil mit der deutschen „Wiedergutmachung“ finanzieren. **Gerade aus diesem Grunde verdient das palästinensische Volk die Solidarität und Unterstützung des deutschen Volkes.**

Doch es wäre verfehlt, Brandt und Kreisky als Opfer zionistischer Meinungsmache hinzustellen. Sie erproben lediglich eine Variante imperialistischer Politik. Da man bei den westlichen Imperialisten offensichtlich davon ausgeht, die Palästinenser und die PLO stärker ins politische Kalkül ziehen zu müssen, wollen sie sich von Anfang an Einfluß sichern, zumal der imperialistische Rivale in Moskau in dieser Sache schon einen Vorsprung hat. Daß die Palästinenser in der Welt immer mehr Anerkennung finden, ist eine gute Sache. Doch die PLO muß wachsam sein. Wenn nan den Imperialisten ihre freundschaftliche Haltung abnimmt, ist die eigene Unabhängigkeit schon halb verloren.

Drastisches Urteil gegen Siegfried Haag

Erstmalig „Sicherheitsverwahrung“ gefordert!

Ein drastisches Urteil fällte der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart gegen die Angeklagten im sogenannten Haag/Mayer-Prozeß.

14 Jahre Haft für den Rechtsanwalt Haag, 12 Jahre für den Arbeiter Roland Mayer und zwei Jahre und acht Monate für Sabine Schmitz wegen „Rädelsführerschaft“ bzw. „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“.

Mit diesem Urteil ging das Gericht über die Strafanträge der Staatsanwaltschaft noch hinaus, offensichtlich in der Absicht, Härte gegenüber den politischen Gegnern des Bonner Staates zu demonstrieren.

Erstmalig forderte die Staatsanwaltschaft „Sicherheitsverwahrung“ nach Verbüßung der Haftstrafe für Siegfried Haag. „Sicherheitsverwahrung“ ist ein Vorgehen, das für faschistische Staaten typisch ist. Im Falle Roland Mayer begründete der Staatsanwalt diesen Antrag mit „Hangtäterschaft“. Eine solche „Sicherheitsverwahrung“ wäre mit einer lebenslangen Haftstrafe gleichbedeutend. Das Gericht wagte es nicht, die Sicherheitsverwahrung im Urteil auszusprechen.

In dem Verfahren, in dem sich die Angeklagten wiederholt als verhandlungsunfähig bezeichnet hatten, forderten die Verteidiger Freispruch für ihre Mandanten. Die Verkündung der brutalen Urteile erfolgte unter Ausschluß der Angeklagten.

Strauß und die Ostpolitik

CDU/CSU will im Osten Steuern einziehen

Entspannung hat es nie gegeben

Die CDU/CSU-Opposition im Bonner Bundestag ist der Überzeugung, daß die Finanzämter des westdeutschen Staates ihren Aktionsradius auf die DDR und die ehemaligen deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze ausdehnen sollten.

Als die Regierung einen Gesetzesentwurf zur „Steuerharmonisierung in der Europäischen Gemeinschaft“ vorlegte, kritisierte die CDU/CSU, daß der Geltungsbereich des Gesetzes lediglich auf das Staatsgebiet der Deutschen Bundesrepublik beschränkt ist. Sie wollen allen Ernstes eine Steuerzuständigkeit für die DDR und Teile der Volksrepublik Polen begründen.

Anläßlich seiner Wahl zum Kanzlerkandidaten sagte Strauß, er befürworte eine Ostpolitik, bei der „Geben und Nehmen im Gleichgewicht sind“. Was da so einleuchtend klingt, war offenbar so gemeint, daß den osteuropäischen Staaten ihre (von Moskau begrenzte) Souveränität genommen wird, und sie zum Ausgleich dafür unter die Knute der westdeutschen Imperialisten kommen.

Daß hier in aller Offenheit Gebietsansprüche gestellt werden, beweist, daß der kalte Krieg keineswegs der Epoche der Entspannung gewichen ist. Die westdeutschen Imperialisten haben nie die Ziele aufgegeben, die sie bereits im ersten und zweiten Weltkrieg verfolgten.

Trotz aller Gewaltverzichtserklärungen, die in den letzten zehn Jahren abgegeben wurden, wird die Bourgeoisie auf Aggression und Krieg niemals verzichten. Nicht ohne Grund hat sie der DDR bis heute die völkerrechtliche Anerkennung verweigert.

Neue Parteitheorie der sogenannten KPD

Ausverkauf des Leninismus

Zirkel diskutieren Parteivorstellungen

In allen Zirkeln, die heute in Westdeutschland ihr Unwesen treiben, wird wieder einmal über die Frage der Kommunistischen Partei debattiert. Braucht man überhaupt eine Partei im Klassenkampf? Was für eine Partei soll das sein? Die Zirkel sind wieder am Punkt Null angelangt.

Ihre Debatten haben ihren Grund in der Verschärfung des Klassenkampfes. Die Zahl der Streiks hat sich vermehrt, aber auch die Polizeieinsätze, die Bewegungen der Werktätigen zum Widerstand an verschiedensten Fronten verstärken sich, aber auch die Kapitalistenklasse formiert ihre Kräfte neu. Kurz: Wir befinden uns in einer Umbruchsituation. Alle politischen Organisationen, Gruppen und Parteien sind gezwungen, auf die Entwicklung zu reagieren.

Die Zirkel reagieren auf ihre Weise: Immer offener wird ihr Antikommunismus, immer rascher rücken sie vom Marxismus-Leninismus ab, besonders von der Leninistischen Lehre über die revolutionäre Partei. An die Spitze dieser Entwicklung hat sich nun das ZK der sogenannten KPD gestellt. In einem Dokument (Rote Fahne 25 und 26/79) suchen sie zu begründen, daß die Leninistische Partei heute nicht aktuell sei.

Ihre Analyse zur „Parteifrage" geht von der Einschätzung aus, daß die vergangenen 10 Jahre eine Niederlage für die revolutionäre Bewegung gewesen seien, auch für ihre Partei, sie habe es nicht geschafft, sich in der Arbeiterklasse zu verankern.

Die Gründe dafür lagen aber nach Ansicht des ZK der KPD nicht in einer falschen Politik. Sie betonen ausdrücklich, daß sie ja seit 1975 (als sie die Theorie der Drei Welten von den Chinesen voll übernahmen) eine richtige Politik gemacht hätten. Nein, in den organisatorischen Vorstellungen sehen die Herren vom ZK die Gründe: „Unsere Organisationsvorstellungen waren lange Zeit vor allem durch eine Identifikation mit der Parteikonzeption der Kommunistischen Internationale („Bolschewisierung") geprägt. Der Fehler dabei lag nicht nur in ahistorischer und eklektischer Übernahme von Modellen vergangener Phasen oder aus anderen Gesellschaften, sondern auch darin, daß dabei das Scheitern der KI-Parteien nicht in Betracht gezogen und analysiert wurde."

Welche anderen Phasen oder Gesellschaften sollen denn das sein? Bisher hatten die Leute vom ZK der KPD noch anerkannt, daß nach wie vor die Epoche der Monopole, des Imperialismus, der Revolution besteht. Das galt für Lenins Zeit in Rußland genauso wie heute in Deutschland und in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Indem sie sich jetzt öffentlich in den Chor derer einreihen, die diese Tatsache abstreiten, schaffen sie sich einen Vorwand, von der Leninistischen Lehre über die Partei auch offiziell abzugehen, die doch gerade für diese Epoche gilt.

Und was das angebliche Scheitern der Parteien der Kommunistischen Internationale betrifft: Tatsache ist doch, daß eben diese Parteien erfolgreich dafür gekämpft haben, ein starkes sozialistisches Lager zu schaffen.

Aber die Herren des ZK gehen weiter. Nach ihnen ist „eine ‚naive' Berufung auf das Parteikonzept Lenins schon allein deswegen nicht mehr möglich, weil sich nicht nur so unterschiedliche Kräfte wie die Chinesen und die Russen, die Albaner und Jugoslawen, die DKP und wir darauf berufen, sondern auch, weil es in seiner offiziellen Moskauer Interpretation zu einem Legitimationssystem für einen gesamtgesellschaftlichen Zwangsapparat entartet ist."

Hier sind in einem Absatz sämtliche Lügen der kapitalistischen Propaganda wiederholt: die Leninistische Partei als Werkzeug einer machthungrigen Clique. Sie sagen es zwar nicht, aber sie sind offensichtlich der Meinung, daß die, von ihnen immer wieder betonten „Fehler und Beschränktheiten" der leninschen Partei automatisch zur Herrschaft einer Kaste von Bürokraten führen muß. Gerade die Geschichte der russischen Partei zeigt aber deutlich, daß eine Leninistische Partei nicht notwendigerweise entartet, sondern daß sie durch den Kampf der modernen Revisionisten der Chruschtschowgruppe zersetzt wurde. Davon bei ihnen kein Wort.

Das ist ganz offener, simpler Antikommunismus.

Daß man Partei und Organisationen nicht danach prüft, was sie sagen, sondern daran, was sie tun, das haben die Herren vom ZK der KPD in ihrer großen Debattenschlacht wohl schon vergessen, sonst würden sie nicht billige Argumente vorschieben, alle würden sich auf Lenins Theorie berufen.

Entsprechend solchen Analysen sind dann auch ihre Schlußfolgerungen über ihren weiteren „Parteiaufbau".

Ihre Partei soll „in der nächsten Phase hauptsächlich als ideologisch-politisches Zentrum arbeiten" und „die theoretische Arbeit und Ausbildung in der nächsten Zeit zum führenden Faktor machen". Sie wollen „anstatt einer undialektischen Auffassung von der Partei als Monolith" eine Situation schaffen, „in der selbständige und bewußte Individuen gemeinsam handeln und kämpfen".

Da ist er, der alte Traum der kleinbürgerlichen Intelligenz!

Keine Disziplin, keine einheitliche Kampfpartei, sondern ein Gebilde, das für jeden ideologischen Schwarmgeist offen ist, die Arena der großen Denker.

So suchen sie jetzt, nachdem die Arbeiterklasse sie hat abblitzen lassen, ihre Truppen in den heimatlichen Gefilden der Grünen, Bunten, Spontis, linken Sozialdemokraten, unter allen, die gegen eine kommunistische Partei sind.

Sollen sie. Sollen sie sich fortmachen in den Sumpf der ewigen Debatte, der irgendwie „linken" Politik. Dort sind sie hergekommen. Jetzt, wo der Klassenkampf sich verschärft, gehen sie wieder dorthin zurück. Und niemand könnte das bedauern, wenn sie das alles nicht auch noch als Kommunismus verkaufen wollten.

Die UdSSR, die DKP und die Atompolitik

„Geringfügige Folgen von Harrisburg nicht übertreiben"



„Geringfügige Folgen..."? — Evakuierte nach dem Reaktorunfall in Harrisburg

Anatoli Alexandrow ist Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Was er sagt und schreibt, kann getrost als Ausdruck des offiziellen sowjetischen Standpunkts in Fragen der Wissenschaft und Technik betrachtet werden. Zum Beispiel der Artikel „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Kernenergetik" in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus".

Alexandrow hält in dem Artikel ein glühendes Plädoyer für die Entwicklung und den Ausbau der schnellen Brüter — der Plutoniumwirtschaft — in der Sowjetunion und in der ganzen Welt. Im Zuge seiner Ausführungen vergißt Alexandrow auch nicht, die Bewegung der Kernkraftgegner auf das übelste anzugreifen und zu verleumden. Wörtlich schreibt er:

„In der jüngsten Zeit wird in einigen kapitalistischen Ländern, in der Hauptsache in den USA, unter dem Vorwand der Gefahr einer radioaktiven Verseuchung der ‚Kampf gegen die Kernkraftwerke' geführt. (...) Aber der Lärm um den Bau von Kernkraftwerken ist nicht so sehr durch die reale Gefahr einer radioaktiven Verseuchung ausgelöst, die durch entsprechende ingenieurtechnische Maßnahmen gebannt werden kann, als vielmehr durch Nebenfaktoren, die mit der Spezifik der kapitalistischen Wirtschaft verbunden sind. Die in die Protestkampagnen einbezogenen Massen sind sich des öfteren nicht darüber im klaren, daß dies alles in Wirklichkeit eine Widerspiegelung der Linie ist, die von den Erdölmonopolen verfolgt wird, aus der Furcht heraus, daß die Konkurrenz der Kernkraftwerke zu einem Absinken ihrer Profite führen wird."

Die Abneigung, die Angst des Herren Alexandrow gegenüber der Bewegung der Kernkraftgegner ist verständlich. Ähnliche Proteste in der UdSSR sind für ihn — wie für die gesamte sowjetische Führungsschicht — ein Albtraum. Ist doch die UdSSR ein Staat, der — so Alexandrow — „die Kernenergetik großen Maßstabs" errichten will; der den europäischen Teil des Landes mit einem dichten Netz schneller Brüter überzieht; der mit dem Export von Kernkraftwerken bzw. Atomstrom Riesenprofite erzielen will und der die zahlreichen Kernkraftpannen und -unglücke als Staatsgeheimnisse wahrt.

Akademiechef Alexandrow versteigt sich in seinem Artikel gar zur folgender Behauptung: „Die Berichterstattung der westlichen Presse über die Havarie des Kernreaktors in Harrisburg (USA), die im Grunde geringfügige unangenehme Folgen stark übertrieben dargestellt hat, ist ebenfalls eine Fortsetzung der Kampagne gegen die Kernenergetik." — Das muß man zweimal lesen: „geringfügige unangenehme Folgen . . ."

Wie steht nun die DKP, der westdeutsche Ableger der Moskauer Staatspartei, zu solchen Äußerungen? — Die Erklärungen der DKP zu Kernkraftgegnern und Harrisburg klingen anders.

In dem Bericht des Präsidiums und des Sekretariats des Parteivorstands der DKP an die 3. Tagung des Parteivorstandes am 16. Juni 1979 etwa wird der „Verzicht auf den Bau weiterer Kernkraftwerke in der Bundesrepublik" gefordert. Die DKP-Mitglieder und Sympathisanten werden ermuntert, verstärkt in der Anti-Atom-Bewegung zu arbeiten. „Uns alle", heißt es wohltönend an die Adresse der Kernkraftgegner, „eint das Bestreben, die Verwirklichung des für unser Land verhängnisvollen Bonner Energieprogramms zu verhindern."

Zu der Katastrophe von Harrisburg druckte die UZ am 4. April 1979 eine „Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstandes" mit dem bezeichnenden Titel „Harrisburg mahnt" ab. Darin wird festgestellt, daß der Unfall nach übereinstimmender Expertenmeinung zu einer katastrophalen radioaktiven Verseuchung der weiteren Umgebung des Atomreaktors führen kann." Und noch am 16. Juni hieß es in dem schon zitierten Bericht des Parteivorstands: „Durch Harrisburg wurde der Standpunkt unserer Partei, daß dem Bonner Atomprogramm keine Zugeständnisse gemacht werden dürfen, bestätigt."

Wer nun allerdings den Schluß zieht, das Kernenergieprogramm der UdSSR widerspreche den Atomvorstellungen des kleineren Bruders DKP, irrt sich. Ganz so einfach ist die Sache nicht.

Die Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus", in dem der Artikel Alexandrows erschienen ist, ist das internationale theoretische Organ der revisionistischen Parteien. Es erscheint in 34 Sprachen. Seiner Redaktion gehören 58 Parteien an, darunter die DKP; sie alle zeichnen für den Inhalt verantwortlich. Was an Artikeln — auch über die Kernenergie — darin veröffentlicht wird, gibt also auch den Standpunkt der DKP wieder.

Die DKP bietet das Schauspiel einer Partei, die mit zwei gegensätzlichen Programmen zur Frage der Kernkraft auftritt. Wie aber nennt man das? Schizophrenie? Politische Scharlatanerie? — es ist die Handlungsweise von Doppelspielern, die sich in die Bewegung der Kernkraftgegner einzuschleichen versuchen, indem sie ihre wahren Absichten verbergen.

Moskau: Ausbau der Kernenergie

Auf seiner 33. Konferenz hat der revisionistische „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (Comecon) in Moskau den verstärkten Ausbau der Kernenergie beschlossen. Die Schlüsselstellung in den Plänen nimmt dabei die Sowjetunion ein. Ihr europäische Teil soll mit einem dichten Netz zusätzlicher Kernkraftwerke -ab 1990 mit „Schnellen Brütern" –überzogen werden. Die Sowjetunion will Staaten wie die DDR, die Tschechoslowakei und Polen mit weiteren Kernkraftwerken ausrüsten; sie behält sich dabei das Monopol der Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstäbe vor.

Über zusätzliche Hochspannungsleitungen hofft die UdSSR, ihren Atomstrom auch in die Bundesrepublik verkaufen zu können. Entsprechende Gespräche hat Bundeskanzler Schmidt bei seinem kürzlichen Moskau-Aufenthalt bereits geführt.

Energiekrise durch Profitjagd

RWE behindert Bau von Kohlekraftwerken

Atomkraftwerke sollen maximalen Profit bringen

Jeden Tag hört und liest man von Energiekrise, Energieknappheit, von der Suche nach Wegen für die Zukunft. Alle reden und schreiben darüber. Politiker, Unternehmer, Fernsehen und Presse. Jetzt zeigt das Vorgehen von Westdeutschlands Stromgiganten Nummer Eins, dem Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerk (RWE), einmal mehr, daß die wahre Ursache für die Probleme im Energiebereich nicht ein wirklicher Energiemangel ist, sondern die Profitgier der Monopole.

Die Herren der RWE hatten gemeinsam mit der STEAG ein Steinkohlekraftwerk in Voerde am Niederrhein geplant. Jeder sollte die Kosten zur Hälfte tragen. Die RWE hat nun beschlossen, nur ein Viertel der Kosten zu übernehmen. Damit hat RWE die finanzschwächere STEAG mit dem Risiko alleine gelassen. Der RWE ist ganz offensichtlich nicht daran gelegen, Kohlekraftwerke zu bauen.

Weil sie Atomkraftwerke bauen wollen!

Sie sind nicht etwa deshalb an Atomkraft interessiert, weil sie knapp an Strom wären oder weil Strom aus Atomkraftwerken billiger würde. Aber Atomkraftwerke bringen den höchsten Profit!

Die RWE lieferte im letzten Jahr 104 Kilowattstunden Strom. Davon rund 62 Prozent aus Braunkohle, denn sie besitzen über 88 Prozent des westdeutschen Braunkohlevorkommens. Etwa 17 Prozent aus Steinkohle und gut 13 Prozent aus Atomkraft. Während sie aber im letzten Jahr einen offiziell ausgewiesenen Bilanzgewinn von rund 410 Millionen Mark hatten, haben sie allein an Zuschüssen aus Steuergeldern für ihre Atomkraftwerke 373 Millionen Mark bekommen.

Es ist völlig klar: Wenn i einem Bereich, der rund ein Siebtel des Geschäfts ausmacht, fast die Hälfte der Gewinne verbucht werden, dann wird sich ein Monopolbetrieb wie die RWE mit aller Kraft auf diesen Bereich konzentrieren.

40 Prozent des westdeutschen Stroms und 60 Prozent der Überlandleitungen gehören dem RWE. Sowohl bei der Braunkohleverstromung als auch bei der Atomkraft sind sie der Energiegigant Nummer Eins. An drei bestehenden und an einer ganzen Reihe im Bau befindlichen Atomkraftwerke sind sie direkt beteiligt. Sie halten 31 Prozent des Kapitals für das atomare Entsorgungszentrum, das in Gorleben geplant ist. An allen anderen Atomkraftwerken sind sie über ihre zahllosen Tochtergesellschaften beteiligt. Bei den vier nächstgrößten Elektrizitätslieferanten (VEW-Dortmund, Preußenelektra-Hannover, NWK-Hamburg, HEW-Hamburg) halten sie Anteile, sitzen ihre Vertreter in den Vorständen. Die RWE-Planung für Investitionen in den nächsten fünf Jahren ist die größte eines einzelnen Unternehmens in der ganzen Bundesrepublik: 18 Milliarden Mark!

Die Tatsache, daß der Verkauf von Energie und Strom genauso den Gesetzen des Profits unterworfen ist, wie der Verkauf von Maschinen und Autos, diese Tatsache eben ist es, die dazu führt, daß es auch im Energiesektor Überproduktion, Absatzkrise und Kampf um Rendite gibt, alles normale Erscheinungen des Kapitalismus, der Unternehmenspolitik der Monopole.

Von dieser Position aus haben die RWE-Monopolisten die Macht, gemeinsam mit den Monopolen der Elektroindustrie –vor allem Siemens und den Großanlagenbauern wie BBC —, anderen den Kurs auf den Atomstrom aufzuzwingen. Und gerade das tun sie auch.

Bezeichnend ist die Tatsache, daß über 60 Prozent des Aktienkapitals dieses Energiemonopolisten den Städten (Dortmund zum Beispiel), Kreisen und Landschaftsverbänden gehören. Diese tragen aber die Politik, die RWE nach „privatwirtschaftlichen Richtlinien" zu führen, voll und ganz mit. Die Fäden der RWE halten Banken, wie „Deutsche Bank", „Commerzbank" und die Wehrhahngruppe, in Händen.

Und die Firmenpolitik „rentiert" sich. Bei der RWE betrug die Profitrate im letzten Jahr 32,8 Prozent des eingesetzten Kapitals. Diese Rate weiter zu erhöhen, das ist der Sinn der Kampagne für Atomkraftwerke.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

IGM-Chef Loderer:

Mit „Vertragstreue" die Arbeiter an die Kette legen

RGO fordert: Erkämpfen wir uns den Lohnnachschlag jetzt!

Der Chef der IG Metall, Eugen Loderer, hat jegliche Forderung nach einem Lohnnachschlag rundweg abgelehnt. Damit hat er sich schroff in Gegensatz zur Arbeiterschaft gesetzt, die immer stärker auf den Kampf um eine Lohnaufbesserung drängt.

Gerade in der Stahl- und Metallindustrie mehren sich die Resolutionen von Belegschaften und unteren Gewerkschaftsebenen, die von der Gewerkschaftsführung entscheidende Kampfmaßnahmen fordern. Allen diesen Kollegen ist Loderers Erklärung ein Schlag ins Gesicht.

Nicht vergessen ist der letzte Tarifabschluß in der Stahlindustrie, bei dem Loderer und Herb nicht nur der 35-Stunden-Woche, sondern auch den Lohnforderungen der Stahlarbeiter eine Niederlage bereiteten (4 Prozente bei 15 Monaten Laufzeit!) Nicht vergessen ist, daß Loderer gerade erst auf der Aktionärsversammlung von VW sich als getreuer Sachwalter der VW-Aktionäre benommen hat. Dieser Mensch tut jetzt die berechtigte Nachschlagsforderung mit dem Argument ab, man müsse den Tarifvertrag einhalten und dürfe nicht „vertragsuntreu" werden. Das hätte genauso ein offizieller Vertreter des Finanzkapitals sagen können.

Was heißt denn hier „Vertragstreue"? Dieser Tarifvertrag ist den Stahlarbeitern von den Kapitalisten aufgezwungen worden, ebenso wie alle Tarifverträge der anderen Branchen, die in seinem Gefolge durchgesetzt wurden. Und daß das passieren konnte, dafür trägt gerade Loderer die Verantwortung. Die Stahlarbeiter und ihre Kollegen aus anderen Branchen haben diese Tarifabkommen niemals als ihre Verträge angesehen.

Die Kollegen in den Betrieben — und das kann ein Loderer nicht begreifen — sehen ihre mühsam erarbeiteten Lohngroschen durch die Preissteigerungswelle durch die Finger gleiten. Ihre sich ständig verschlechternde materielle Lage zwingt sie zum Kampf um mehr Geld, wenn sie sich nicht bedingungslos der Willkür der Kapitalisten ausliefern wollen. Das ist die Art und Weise, wie die Kollegen in den Betrieben an die Frage der „Vertragstreue" herangehen.

In einem Flugblatt, das die RGO an wichtigen Großbetrieben der Stahl- und Metallindustrie verbreitet hat, heißt es: „Da muß man sich doch fragen, wer sind denn die Gewerkschaften? Das sind doch wohl wir, die Millionen Mitglieder. Und da hat die untere Funktionärsbasis doch wohl deutlich gesprochen. Neben Mannesmann, verschiedenen Thyssen-Betrieben, Krupp, Opel-Bochum, Opel-Rüsselsheim hat auch die Vertrauenskörperleitung des Hoesch-Werks Phönix in der letzten Woche eindeutige Aufträge an den Vorstand erteilt".



Tarifrunde 77/78: Hoescharbeiter im Warnstreik. Sinkende Reallöhne kann der Arbeiter nicht hinnehmen. Auch jetzt ist eine Lage eingetreten, wo es kein Stillhalten mehr geben darf.

Statt diesen Aufträgen der Gewerkschaftsbasis Rechnung zu tragen, wollen Loderer und DGB-Chef Vetter die Arbeiter mit sinnlosen Appellen an die Unternehmer abspeisen. An die Mineralölkonzerne gewandt, sagte Loderer, daß deren Preisbeschlüsse „nicht nur die Einkommen der Arbeitnehmer, sondern auch den sozialen Frieden in der Bundesrepublik" gefährden würden. Aber die Lohnkämpfe der letzten Jahre haben zur Genüge gezeigt, daß die Vernunft der Unternehmer darin besteht, die Arbeiter skrupellos auszubeuten.

Der „soziale Frieden", von dem Loderer spricht, hat nie existiert. Dieses Geschwätz soll nur verdecken, daß die Arbeiterschaft für ihre Forderungen kämpfen muß. Gerade deshalb auch kann es keine Perspektive sein, sich mit der Nachschlagsforderung auf die nächsten Tarifverhandlungen im Winter vertrösten zu lassen. Denn gerade jetzt ist die Einheit unter den Arbeitern, für den Nachschlag zu kämpfen, vorhanden.

Deshalb auch schreibt die RGO in ihrem Flugblatt: „Wir brauchen mehr Lohn jetzt - und keine Vertröstung auf Weihnachten oder Neujahr! Erkämpfen wir uns den Lohnnachschlag!"

VW-Hauptversammlung

Eine Schande für die IGM

Loderer begeistert Aktionäre

Am 4. Juli ging in Berlin die Hauptversammlung des VW-Konzerns über die Bühne. Versammlungsleiter war der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und IGM-Boß, Loderer.

Loderer mag stolz auf das Vertrauen sein, das ihm die VW-Aktionäre, die Vertreter von Großbanken und anderen Konzernen entgegengebracht haben. Für die Kollegen aber zeigte der neueste Auftritt des Gewerkschaftschefs erneut, was es mit der Mitbestimmung auf sich hat: Zusammenarbeit von Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen gegen die Masse der Kollegen, der Gewerkschaftsmitglieder. Denn was hat Loderers Aufsichtsratsposten den VW-Arbeitern gebracht? Gibt es bei VW etwa bessere Lohntarifabschlüsse? Ist die 40Stunden-Woche bei VW etwa nicht auf fünf Jahre festgeschrieben worden? Haben die VW-Kapitalisten etwa nicht zahllose Überschichten gefahren, trotz Massenarbeitslosigkeit?

Vom Standpunkt der Mitbestimmungsstrategen in der Gewerkschaftsführung ist es deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß Loderer den Vorsitz in Berlin führte. Doch was für die Bonzen eine Ehre ist, wird von vielen kämpferischen Kollegen und Gewerkschaftern als Schande für die IG Metall und die Gewerkschaftsbewegung überhaupt empfunden. Und Loderer spielt seine Rolle besser, als viele Aktionäre gehofft hatten. Daß Loderer keine flammenden Reden gegen Ausbeutung und Lohndiktat halten würde, war den meisten klar. Doch als in der Hauptversammlung die Sprache auf die schmutzigen Praktiken von VW in faschistischen Ländern wie Südafrika oder Brasilien kam, fürchteten doch einige Aktionäre, daß Loderer hier ein klares Wort sagen würde, zumal die IGM kurz vorher eine Konferenz mit brasilianischen und südafrikanischen Gewerkschaftern durchgeführt hatte, wo die rassistische Politik von VW angeprangert wurde.

Doch Loderer schwieg. Er duldete schweigend und würdevoll, wie Vorstandschef Schmücker die Kritik am VW-Verhalten als „kalten Kaffee" zurückwies. Und als eine Hausfrau schwört, falls VW sich „die Hände schmutzig" mache, wolle sie „nicht länger Aktionärin" sein, dankte Versammlungsleiter Loderer „für das Engagement, hier zu reden."

Die IGM bräuchte einen Vorsitzenden, der sich genauso für die Arbeiterinteressen engagiert, wie Loderer sich für die Kapitalisten stark macht.

Kampfentschlossenheit zahlt sich aus

Erfolg der Busfahrer nach fünf Tagen Streik



Kämpferisch **war die Stimmung der streikenden Münchener Busfahrer. Verschiedentlich bildeten die Streikposten regelrechte Menschenmauern, um Streikbrecherbussen die Ausfahrt aus den Fuhrparks zu verlegen. Die Entschlossenheit und Militanz der Kollegen war goldrichtig. Der Streik endete erfolgreich. Das Foto zeigt Streikposten vor dem Busfuhrpark der Firma „Autobus Oberbayern".**

Wie wir im letzten „Roten Morgen" berichteten, waren ca. 200 Busfahrer in München in den Streik getreten. Die Busunternehmer hatten ihnen weniger Lohn gezahlt, als ihnen tariflich zusteht und als ihre Kollegen im Münchner Verkehrsverbund erhalten. Bei den betroffenen Firmen handelte es sich um Privatunternehmen, die für die Stadt München im Liniendienst fahren. Die Gewerkschaft ÖTV hatte den Streik organisiert, nachdem in einer Urabstimmung 98 Prozent der betroffenen Gewerkschaftsmitglieder für den Streik gestimmt hatten.

Versuche der Busunternehmer, die Streikenden durch Einsatz von gekauften Streikbrechern in die Knie zu zwingen, scheiterten an der großen Kampfentschlossenheit der Kollegen. Es kam mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Streikposten und Streikbrechern. Auch die Stadtbehörden versuchten, den Streik zu brechen. Sie wollten die städtischen Busfahrer zu Überstunden auf den bestreikten Strecken zwingen. Aber die städtischen Busfahrer waren mit ihren streikenden Kollegen solidarisch. So war die Unternehmerseite am Montag vergangener Woche, nach fünf Streiktagen, zum Nachgeben gezwungen.

Im wesentlichen konnten die Streikziele durchgesetzt werden. Alle Busfahrer privater Unternehmen, die im städtischen Liniendienst fahren, erhalten gleichen Stundenlohn. Der Grundstundenlohn wird um 4 Prozent angehoben und die Sonderzuwendungen werden auf 80 Prozent erhöht. Vereinbart wurde auch, daß niemand wegen der Beteiligung am Streik gemaßregelt werden darf.

Allerdings gibt es auch einen Haken an der Sache: Oberbürgermeister Kiesl (CSU) sicherte den Busunternehmern Zuwendungen der Stadt zum Ausgleich für die finanzielle Mehrbelastung zu. Offensichtlich steht dieser „großzügige" Umgang Kiesls mit dem Geld der Steuerzahler im Zusammenhang damit, daß die CSU und die hinter ihr stehenden Kapitalistenkreise mit der Privatisierung städtischer Verkehrsbetriebe liebäugeln.

VW-Wolfsburg: Verhandlungen über „einmalige Sonderzahlung" zugesagt

Auf einer Belegschaftsversammlung hat Arbeitsdirektor Driam bei den Volkswagenwerken in Wolfsburg im Auftrag des VW-Vorstands zugesagt, daß mit dem Betriebsrat über eine „einmalige Sonderzahlung" verhandelt werden soll. Der Vertrauensleutekörper hatte bei VW in Braunschweig vor einigen Wochen einen Nachschlag von 1000 Mark gefordert. Diese Forderung wurde außerdem auch von den Vertrauensleuten des Facharbeiterbereichs im Wolfsburger Werk aufgestellt. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), Betriebsgruppe VW, verteilte vor dieser Belegschaftsversammlung ein Flugblatt, das die Forderung der Kollegen nach einem Nachschlag unterstützt.

Rechenzentrum streikentschlossen!

Die Beschäftigten des Rechenzentrums der Landesversicherungsanstalt (LVA) Rheinprovinz wollen in den Streik treten. Dafür stimmten sie geschlossen in einer Urabstimmung, die von der Gewerkschaft ÖTV durchgeführt wurde. Die Kollegen fordern für die mit der Wechselschicht verbundene Arbeitserschwernis eine Erschwerniszulage von 10 Mark pro Schicht und 3 Tage mehr Urlaub.

Während die LVA sofort ein demagogisches Geschrei erhob, daß im Falle des Streiks die pünktlichen Rentenzahlungen gefährdet seien, entgegneten die kampfbereiten Kollegen, daß dies die Geschäftsführung selber zu verantworten hätte.

Tausende Lehrer demonstrieren

Hetzkampagne gegen das Streikrecht für Lehrer

Immer heftiger fordern die Lehrer die Verwirklichung der 40-Stunden-Woche und die Einstellung aller Lehrer. Es kam bereits mehrfach zu großen Demonstrationen. In Wiesbaden waren es vor einigen Wochen 7000 Lehrer aus Hessen, die für diese berechtigten Forderungen demonstrierten.

Noch vor nicht langer Zeit hatte der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Frister, jede Forderung der Lehrer nach Streiks strikt zurückgewiesen. Jetzt veranlaßte ihn der ständige Druck der demonstrierenden Lehrer, auch den Streik als Kampfmittel in Erwägung zu ziehen. Daß Frister in dieser Frage nachgab, ist ein Ausdruck davon, wie sehr der Unmut der Pädagogen über die Arbeitsüberlastungen des heutigen Schulbetriebs gewachsen ist.

In der bürgerlichen Presse löste die jetzt offiziell von Frister erlaubte „Streikdiskussion" ein wahres Geheul aus. So zitierte das „Handelsblatt" einen CDU-Abgeordneten, der einen Lehrerstreik als „sittenwidrig" bezeichnete.

Mit dem Streikverbot für Beamte wird den Pädagogen ein wichtiges Grundrecht, das Recht auf Streik, vorenthalten. Die Lehrer aber haben immer mehr erkannt, daß bloße Demonstrationen die Verantwortlichen der Schulmisere überhaupt nicht stören. In keiner Frage haben sich die Kultusminister bisher zu Zugeständnissen bewegen lassen. Was die Lehrer brauchen, das ist der Streik! Nur dadurch können wirkliche Erfolge bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen erzielt werden.

§§§§§§§§§§§§§§§

Bundesarbeitsgericht: zwei arbeiterfeindliche Urteile

Vor das Arbeitsgericht war ein Kollege aus einer Textil-Spulerei gegangen, weil ihm sein Unternehmer für einen gesetzlichen Feiertag innerhalb einer Kurzarbeitsperiode den Lohn nur in Höhe des Kurzarbeitergeldes zahlen wollte. Der Kollege forderte den Feiertagslohn für einen Achtstundentag. Völlig zu Recht, sollte man meinen. In erster Instanz bekam er auch recht. Jetzt aber hob das Bundesarbeitsgericht in Kassel das erste Urteil auf und gab dem Unternehmer recht. Das darf nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit bleiben. Dafür müssen alle von Kurzarbeit betroffenen Kollegen sorgen!

\+ + +

Noch ein zweites Urteil hat das Bundesarbeitsgericht kürzlich gegen die Rechte der Arbeiterschaft gefällt. In einem gegen einen Großbetrieb in Wetzlar vom DGB angestrengten Prozeß entschied es, daß Betriebsratsmitglieder nur dann vom Unternehmer für ihre Betriebsratstätigkeit unter Anspruch auf Lohnfortzahlung freigestellt werden müssen, wenn sie die Notwendigkeit dafür ausdrücklich nachweisen. Es reiche nicht aus, daß Betriebsratsmitglieder sich einfach ab-und zurückmelden. Zwar nicht Inhalt und Form, aber Art und Ort sowie die Zeit seien dem Unternehmer bzw. seinem Beauftragten mitzuteilen. Dieses Urteil gibt den Unternehmern die Möglichkeit zur Einschränkung und Behinderung der Arbeit der Betriebsräte.

Arbeiter von Maschine zerquetscht

Mord aus Profitgier

Unfall war abzusehen

Bei den Kabelwerken Reinshagen Westberlin starb ein türkischer Kollege auf schreckliche Weise durch einen Betriebsunfall. Der Kollege mußte an einem Drahtzug Nachtschicht machen, dessen mangelnde Ausstattung wiederholt Arbeiter in Lebensgefahr gebracht hatte. Der „Rote Morgen" hatte schon im November 1977 in einem Artikel über die Arbeitsbedingungen bei den Kabelwerken Reinshagen in Westberlin, über die Gefährlichkeit dieser Maschine berichtet. Im folgenden geben wir ein Flugblatt zu diesem tödlichen Unfall wieder, das die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition an die Belegschaft verteilt hat.

Montag, den 6. Juli gegen 23.00 Uhr: Schlaff hängen die Beine und der Unterkörper des Kollegen Resat über den Trommelrand am Drahtzug in Halle III, der Oberkörper ist von der tonnenschweren Glocke eingeklemmt. Niemand ist in der Lage, ihn aus dieser tödlichen Situation zu befreien. Sicherheitsingenieur Lüttgemann lehnt es am Telefon ab herzukommen, da es ihm zu spät ist. Die alarmierte Feuerwehr befreit den Kollegen Resat erst nach mehreren Stunden mit Schneidbrenner und Trennscheibe. TOT, zerquetschtes Rückgrat, verblutet aus den Ohren. Eine Fahrt ins Krankenhaus erübrigt sich.

Wie konnte es dazu kommen?

Vor ungefähr zweieinhalb Jahren wurde der Drahtzug in Halle III aufgebaut. Mit der schwindelerregenden Geschwindigkeit von mehr als 100000 Meter je Stunde sollte diese Maschine die Verdienste der Reinshagen-Kapitalisten erheblich steigern. Schon nach einigen Wochen flog der Drahtzug auseinander. Damals wurde noch kein Kollege tödlich verletzt. Und wieder einige Wochen später derselbe Unfall! Der Drahtzug wird abgebaut und nach einiger Zeit erneut montiert.

Vor ungefähr 2 Monaten mußte der Schlosserkollege Ismail Yilmaz in der Maschine eine Reparatur durchführen. Während der Arbeit setzt sich die Maschine in Bewegung und droht, den Kollegen Ismail zu zerquetschen. Seine Hilfeschreie werden gehört, ein Kollege schaltet geistesgegenwärtig die Hauptstromversorgung aus, Ismail kommt mit einem schweren Schock noch einmal mit dem Leben davon.

Er beantragt, überall Notausschalter zu installieren, wie

> **... soll so weiterarbeiten.**
>
> **Und so wird für die Sicherheit der Kollegen „gesorgt": Ein neuer Drahtzug wird aufgestellt und auf volle Touren gebracht, wahrscheinlich sogar über die zulässige Höchstdrehzahl hinaus. Es gibt einen großen Knall und zentnerschwere Stahlteile durchschlagen die Panzerglasscheibe und fliegen 10 m durch die Halle. Reiner Zufall, daß gerade kein Arbeiter in der Nähe war! Nach mehrwöchiger Reparatur dasselbe Spiel. Wieder geht die Panzerscheibe zu Bruch und Teile wirbeln durch die Luft, wieder wird durch reinen Zufall keiner von den Arbeitern getroffen, die in unmittelbarer Nähe arbeiten. King Kong, ist von da an der Name für dieses Ungetüm. Jetzt allerdings wird die Maschine bei der Herstellerfirma im Prüffeld ausprobiert. Diese Kosten [illegible] sich sparen wollen —**

Aus „Roter Morgen" 46/77

normalerweise an den meisten Maschinen vorhanden. Das geschieht aber nicht. So sorgt sich die Geschäftsleitung um Leben und Gesundheit von uns Kollegen. Und nun dieser Unfall. Es kam, wie es kommen mußte. All diese Vorwarnungen reichten für Herrn Herzberg und die Reinshagen-Kapitalisten nicht aus. Schon im November 1977 berichtete die Zeitung „Roter Morgen" über die Gefährlichkeit dieser Maschine.

Dieser tödliche Unfall muß im Zusammenhang mit der radikalen Rationalisierung im ganzen Werk gesehen werden. Jeder zehnte Kollege verlor in diesem Jahr seinen Arbeitsplatz, gleich ob in Halle III oder bei FPC. Und die übriggebliebenen Kollegen müssen zum Teil in Überstunden die Arbeit der anderen mitmachen. Viele der entlassenen Kollegen sind zum Arbeitsgericht gegangen, um wenigstens eine Abfindung zu erhalten.

In dieser Situation muß Kollege Resat, der eigentlich Spritzenführer ist, Nachtschicht am Drahtzug machen. Am Unfalltag arbeitet er zum dritten Mal alleine an dieser Maschine. Nachts, kein Kollege ist in der Nähe, keine Notausschalter vorhanden. Jeder Hilferuf wäre in diesem Fall sogar vergebens gewesen.

Wären Notausschalter vorhanden und ein zweiter Kollege mit am Drahtzug gewesen, dann wäre wahrscheinlich Kollege Resat noch am Leben. Das aber ist der Firma zu teuer. Für ihren Profit gehen Herr Herzberg und die Reinshagen-Kapitalisten im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen. Das ist Mord aus Profitgier! Und daran wird sich auch solange nichts grundsätzlich ändern, wie das Grundprinzip unserer Gesellschaft der Profit ist.



Resat Kocatürk

Trotzdem: Die für diesen Mord Schuldigen müssen bestraft werden. Dazu ist ein Gerichtsprozeß notwendig.

Und die Witwe, Kollegin Kocatürk, die auch bei Reinshagen arbeitet, muß von der Firma für sich und die beiden kleinen Kinder eine Rente erhalten in der Höhe von Resats Lohn.

Und Kollege: Willst Du nicht der nächste sein, der der Profitgier der Kapitalisten zum Opfer fällt, dann heißt das:

— Überprüft, ob Eure Maschinen wirklich sicher sind. Lehnt jede Arbeit an unsicheren Maschinen ab und fordert Sicherheitsvorkehrungen.

— Arbeitet nicht alleine in einem Raum, ohne daß auf Sicht- und Rufweite wenigstens ein zweiter Kollege da ist.

Wendet Euch an die Betriebsräte und die Gewerkschaft. Da aber Betriebsräte wie Wichmann und Schwabe und auch I.G.-Metall-Funktionäre wie Vandrey mehr auf seiten der Unternehmer stehen, wendet Euch an die RGO, die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, die die Opposition in den Gewerkschaften zusammenschließt, um die wahren Probleme und Interessen der Arbeiter zum Tragen zu bringen und durchzusetzen.

Protest gegen Massenentlassungen

Veba-Konzernherren halbieren Belegschaft in Bad Breisig

Bad Breisig. Mit Kundgebungen vor den Werkstoren protestierten die Arbeiter und Angestellten des Werkes Bad Breisig der Veba-Glas-AG gegen ihre Entlassungen. Zum 1. November sollen hundert Arbeiter entlassen werden, Anfang 1980 noch einmal mindestens 100. Nach Angaben des Betriebsrates sind insgesamt **230 von** derzeit **410** Beschäftigten **von Entlassungen bedroht.**

Jetzt wurde bekannt, daß die Veba-Aktionäre sogar mit einer weiteren Dividendenerhöhung und Wertsteigerung ihrer Anteile rechnen können. Veba hat für 1978 12 Prozent ausgeschüttet. Im Chemiebereich in der Erdölverarbeitung hat Veba die **Gewinne** im Vergleich zum Vorjahr **verdoppelt.** Mit Kurzgewinnen von bis zu 15 Prozent wird gerechnet (vgl. „Stern" 29/79).

Entlassungen auf der einen — maximale Profite auf der anderen Seite: die zwei Seiten der Medaille des Kapitalismus.

Unternehmer „säubert" Firma

Alle Gewerkschaftsmitglieder gefeuert!

Der Spray-Abfüll-Unternehmer Wittenhorst in Westerburg (Westerwald) hat sämtliche 17 IG-Chemie-Mitglieder seiner siebzigköpfigen Belegschaft gefeuert. Wittenhorst begründete seine „Säuberungsaktion" mit den Worten: „Die IG Chemie kommt mir nicht in den Betrieb rein."

Anlaß zu dem brutalen Entlassungsfeldzug: Die Arbeiterinnen (nur 15 Belegschaftsmitglieder des Betriebes sind Männer) wollten sich nicht länger mit den schreienden Mißständen in der Firma abfinden, zum Beispiel damit, daß Wittenhorst Löhne bezahlt, die um ca. 2 Mark unter den gültigen Tariflöhnen liegen. Sie wandten sich an den zuständigen Funktionär der IG Chemie.

Gemeinsam mit den IG-Chemie-Funktionären versuchten die Kolleginnen nun, einen Betriebsrat, den es in der Firma auch noch nicht gab, einzurichten. Wittenhorst reagierte darauf mit rücksichtslosem Entlassungsterror. Alle Betriebsratskandidatinnen sowie die Vorsitzende des Wahlvorstands und schließlich alle Gewerkschaftsmitglieder wurden von dem wildgewordenen Unternehmer gefeuert.

Zwar hat Wittenhorst alle Arbeitsgerichtsprozesse, zu denen es in dieser Sache kam, verloren. Aber erstens sind die Urteile noch nicht rechtskräftig. Alle Gefeuerten sind nach wie vor nicht wiedereingestellt. Wittenhorst hat also sein Ziel wenigstens vorerst erreicht.

Zum zweiten ist es ein Skandal, daß so etwas überhaupt möglich ist. Ein Unternehmer unterdrückt mit brutalen Mitteln das demokratische Grundrecht auf gewerkschaftliche Organisierung. Aber kein Staatsanwalt, kein Richter in diesem Staat schreitet dagegen ein. Eigentlich gehörte doch hinter Gittern, wer derartig mit den Rechten der Arbeiterschaft umspringt!

Kampfprogramm zur Verschärfung der Ausbeutung

Bauunternehmer wollen noch mehr absahnen

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. hat ein sogenanntes Bauindustrieprogramm 1979 aufgestellt. Die sozialpolitischen und tarifpolitischen Grundsätze dieses Programms sind eine Provokation! Sie sind eine offene Kampfansage an die Bauarbeiter.

Da ist einmal das Problem der Arbeitszeitordnung. Längst ist ihre Reformierung überfällig, denn sie stammt noch aus der Zeit der Hitler-Diktatur und läßt — das konstatieren auch die Bauunternehmer in ihrem Programm — die tarifliche Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden täglich zu. Die Bauunternehmer möchten diese Möglichkeit auch in Zukunft nicht missen. So heißt es in ihrem Programm:

„Wird diese Möglichkeit durch eine Gesetzesänderung eingeschränkt, muß die bauausführende Wirtschaft aus dem Geltungsbereich der Arbeitszeitordnung herausgenommen werden. Andernfalls ist das Kündigungsschutzgesetz so zu ändern, daß etwa zusätzlich eingestellte Arbeitnehmer unter wesentlich leichteren Bedingungen wieder entlassen werden können."

Entweder sollen die Bauarbeiter also Überstunden schinden müssen, wann es den Unternehmern nur paßt, oder letztere sollen berechtigt sein, ohne Hemmungen einzustellen und wieder auf die Straße zu werfen, wie es ihre Profitgier gerade erfordert. Die Herren Bauunternehmer zeigen mit diesem Programm offen ihren Ausbeuterstandpunkt. Der Arbeiter ist für sie nur ein Lohnsklave, der in möglichst weitgehender Rechtlosigkeit gehalten werden muß.

In dem Kampfprogramm gegen die Bauarbeiter heißt es ferner:

„Die Arbeitgeber sollten weiter auf leistungsgerechter Differenzierung der Arbeitsentgelte bestehen. Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität ist nur durch Verbreitung und vermehrte Anwendung der leistungsabhängigen Entlohnung zu erreichen. Den bauwirtschaftlichen Firmen muß der Spielraum für eine übertarifliche Zahlung erhalten bleiben."

Im Klartext: Die Bauunternehmer wollen bei den Tariflöhnen mauern. Zugleich möchten sie die Struktur der Entlohnung als Peitsche benutzen, um die Arbeitshetze zu verschärfen und aus den Arbeitern herauszupressen, was nur geht. Die Mittel sind dabei: außertarifliche Leistungszulagen bei niedrigen Tariflöhnen, Auffächerung der Lohnskala (auch um Konkurrenz und Spaltung unter den Arbeitern zu stiften), Ausdehnung der Akkordarbeit.

Weiter fordert der Bauunternehmerverband ***„Laufzeiten der Tarifverträge, die über ein Jahr deutlich hinausgehen".*** Während sich die Arbeiter abschinden sollen, damit die Profite der Baukapitalisten in den Himmel wachsen, sollen die tariflichen Niedriglöhne langfristig festgeschrieben werden. Und damit auch wirklich das Letzte aus der Arbeitskraft der Männer vom Bau herausgepreßt werden kann, fordert die Unternehmermafia auch noch: ***„Jede weitere Verkürzung der produktiven Jahresarbeitszeit ist zu vermeiden."***

Die Bauunternehmer machen sich allerdings nicht die Illusion, daß die Belegschaften sich der verschärften Ausbeutung kampflos unterwerfen. So haben sie eine „Arbeitskampfgefahrengemeinschaft" aufgebaut, von der es in dem Unternehmerkampfprogramm heißt, sie habe zur „Verstärkung der Defensivkräfte und der Solidarität der Unternehmer" geführt.

Für die Bauarbeiter, besonders die aktiven Gewerkschafter, kann das nur heißen: ebenfalls rüsten und alles tun, um die eigene Kampfkraft zu verstärken. Wie zum Beispiel die Tarifbewegungen im letzten Sommer gezeigt haben, liegt dabei die entscheidende Schwierigkeit darin, daß nämlich solche Bonzen wie Gewerkschaftsboß Sperner und Freunde nicht mitziehen. Schlimmer noch: Sie sind Arbeiterverräter, die in Wahrheit für die Profite der Baukapitalisten eintreten.

Warum sonst haben Sperner und Co. sich in der vergangenen Tarifrunde geweigert, die Urabstimmung durchzuführen, obwohl eine mächtige Welle von Warnstreiks im ganzen Bundesgebiet ganz klar die Kampfbereitschaft der Arbeiter gezeigt hatte? In Westberlin kam es zwar zum Streik wegen der Frage der Wegezeitvergütungen. Aber dieser Streik, der ebenfalls eindrucksvoll die Kampfbereitschaft und ein hohes Maß an Solidarität bei den Belegschaften demonstrierte, wurde von der Gewerkschaftsführung verraten. Der Kompromiß, den die Bonzen unterschrieben, unterschied sich nur wenig von dem miesen Unternehmerangebot, gegen das die Bauarbeiter in den Streik getreten waren.



Bauarbeiterkundgebung in Dortmund am 9. Mai 1978: Die Bauarbeiter sind für die Angriffe der Unternehmer gerüstet!

Die korrupte Führung der IG Bau, Steine, Erden half so den Baukapitalisten dabei, den heißen Boom in der Bauindustrie, der seit rund anderthalb Jahren im Laufen ist, maximal zu nutzen. Im Sinne ihrer hemmungslosen Profitgier. Die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" konnte berichten, daß das Geschäftsjahr 1978 zu „randvoll gefüllten Kassen" der großen Bauunternehmen geführt hat.

Und die Baukapitalisten sahnen nach wie vor ab, wie toll. Im März dieses Jahres war der Umsatz im Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahr bereits wieder um 18 Prozent gestiegen. Die Preise für konventionell gefertigte Wohngebäude lagen im Februar '79 gegenüber dem März des Vorjahres um 6 Prozent höher, im Straßenbau sogar um 6,7 Prozent. Und das bei gesteigerter Arbeitsproduktivität, voll ausgelasteten Kapazitäten und wachsender Arbeitshetze!

Da sie aber den Hals nicht voll genug bekommen können, wollen die Bauunternehmer jeden Versuch der Arbeiter abblocken, sich endlich bessere Löhne und menschlichere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Sie wollen die alleinigen Nutznießer des Baubooms sein. Wenn es dann wieder zur Krise kommt, was bei einem solch fiebrigen Boom abzusehen ist, sollen die Arbeiter wieder die Suppe auslöffeln.



‚Ich bin lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder.“

Nachdem wir in der letzten Ausgabe des „Roten Morgen“ auf die Nazi-Vergangenheit des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU eingegangen sind, wollen wir uns in dieser Nummer mit der Frage beschäftigen, ob die faschistische Ideologie nach wie vor die Politik des amtierenden bayrischen Ministerpräsidenten bestimmt, oder ob er sich zu einem, wenn auch konservativen, Demokraten gemausert hat.

Die letzte Version wollen uns offensichtlich Spitzenvertreter der Regierungsparteien aufdrängen, die nachdrücklich davor warnen, in alten Skandalen herumzuwühlen. Strauß darf nicht dämonisiert werden, sagen sie. Natürlich werden auch sie gegen Strauß polemisieren. Sie wollen aber verhindern, daß die Kandidatur von Franz Josef Strauß als Ausdruck der sich immer mehr verschärfenden Faschisierung verstanden wird.

„...bewußte Anspielungen auf Praktiken des Hitlerstaates“

Ein professioneller Heuchler

Vorweg muß festgestellt werden, daß Strauß durchaus in der Lage ist, einen Friedensapostel, ja sogar einen Antifaschisten zu mimen, wenn es das politische Kalkül erfordert, wenn er sich dadurch den Weg zur Macht ebnen kann.

- Während er in den ersten Nachkriegsjahren durch seine ausgezeichneten Beziehungen zu den Amerikanern Vorsitzender eines Entnazifizierungsausschusses wurde, verstand er es später, sich als Widerstandskämpfer zu verkaufen.
- Im Wahlkampf zum ersten westdeutschen Bundestag 1949 trug er dem Haß des Volkes auf den Krieg Rechnung und verkündete überall, wo er hinkam: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen“ (1).
- Brandt und Wehner schleuderte er für gewöhnlich den Vorwurf des Landesverrats entgegen und prägte im Zusammenhang mit der „neuen Ostpolitik“ den für seinen Charakter bezeichnenden Satz: „Ich will lieber ein kalter Krieger sein als ein warmer Bruder“ (2).

Als 1966 die große Koalition mit neuen Ministerehren winkte, war Brandt über Nacht „der beste Außenminister, den Deutschland je hatte“, der geschmähte Wehner wurde gar zum „politischen Genie“ (3).

- Und kaum wurde Strauß Kanzlerkandidat der CDU/CSU beeilt er sich zu erklären, die totale Konfrontation sei noch nie sein Fall gewesen etc.

Seiner Gesinnung blieb er treu

Im Jahre 1957 bezeichnete er den früheren SPD-Pressechef Fritz Heine im Bonner Presseclub als „einen jener Emigranten, die von London aus über BBC Deutschland geschadet haben“ (4), in seinem Kampfblatt „Bayernkurier“ glorifiziert er die Schlacht bei Stalingrad zu einem „sinngebenden Opfer“ (5), und noch in diesem Jahr ließ er klipp und klar verlauten: „Ganz Deutschland in den Grenzen von 1937 ist unser Vaterland!“ (6).

Seine berühmt-berüchtigten Hetztiraden, die auf den politischen Gegner herunterprasseln, ob Vietnamdemonstranten, ob SPD-Politiker oder auch „Freunde“ aus der eigenen Partei, sind von demselben Geist beseelt wie einst die widerlichen „Stürmer“-Artikel.

Im nächsten „Roten Morgen“: Strauß und Hitlers Generäle

Antiimperialistische Demonstranten, die die Öffentlichkeit auf das schreckliche Völkermorden der USA in Vietnam aufmerksam machen, sind für ihn „verdreckte Vietcong-Anhänger, die öffentlich Geschlechtsverkehr treiben.“ (7)

Dieser Mann ist in der Lage, Pogrome zu inszenieren: „Was wir in unserem Lande brauchen, ist der mutige Bürger, der die roten Ratten dort hinjagt, wo sie hingehören — in ihre Löcher.“ (8)

Den Nobelpreisträger Otto Hahn, der mit anderen Professoren gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr protestierte, verunglimpfte er als einen „alten Trottel, der die Tränen nicht halten und nachts nicht schlafen kann, wenn er an Hiroshima denkt“(9).

Während eines offiziellen Empfangs des Bundespräsidenten auf Schloß Brühl im Oktober 1962 äußerte der betrunkene Strauß über seinen Parlamentskollegen Jahn (SPD): „So was wie der gehört aufgehängt.“ (10)

Das deutsche Volk lehnte in seiner großen Mehrheit die Wiederaufrüstung ab und mußte sich dafür von Strauß im November 1958 anpöbeln lassen: „Ich nenne jeden einen potentiellen Kriegsverbrecher, der durch Schwächung der westlichen Abwehrkraft dem kommunistischen Osten strategische Vorteile verschafft.“ (11) Der solche Vorwürfe erhob, erklärte zwei Jahre zuvor in Hollweg: „Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen“ (12). Und 1959 rief er angesichts der Alarmanlage des strategischen Bomberkommandos der USA begeistert aus: „Die strategische Luftflotte der USA hat eine Feuerkraft, die schon jetzt ausreicht, um den Raum der Sowjetunion mehrmals zu vernichten“ (13).

Von Tieren und Wanzen

Anläßlich einer Demonstration gegen die CDU/CSU im Rahmen des Bundestagswahlkampfs im Jahre 1969 in Bamberg telegrafierte Strauß an den bayerischen Ministerpräsidenten Goppel: „Die Außergesetzlichen haben in gröbster Weise die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört.(...) Diese Personen (...) benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich ist“ (14). Eifrig sekundierte Parteifreund Unertl: „Franz Josef, hab ich zu ihm gesagt, wieso sprichst Du von Tieren? Tiere sind doch auch Katz und Hund, und die sind sauber. Säue hättest Du sagen müssen!“ (15). Und der ehemalige sudetendeutsche Nationalsozialist, späteres CSU-Mitglied und Mitarbeiter des „Bayernkurier“, Dr. Emil Franzel, ließ sich im „Bayrischen Staatsanzeiger“ anläßlich einer Aktion von Springer-Gegnern über die nähere Behandlung der „Tiere“ aus: „Springer könnte sich die Wanzen bald vom Leib schaffen, wenn er nicht so merkwürdige Hemmungen gegen die Anwendung der einzig dafür tauglichen Mittel hätte. Man kann Ungeziefer eben nur mit den geeigneten mechanischen und chemischen Mitteln vertilgen, nicht mit gutem Zureden“ (16).

Hier wird skrupellos mit dem Liquiedierungsvokabular der Nazis operiert. Gaskammern, das haben die „roten Ratten“, die „Wanzen“ und anderes „Getier“ von diesen Herrschaften zu erwarten, wenn sie, erst einmal an der Macht, ihre Vorstellungen durchsetzen können.

Zu der oben zitierten Strauß-Äußerung nahm der Deutsche Richterbund treffend Stellung: „Das Vokabular erinnert an Nazi-Zeiten“ (17). Und Sebastian Haffner, der nun wahrhaftig nicht von linken Ideen angekränkelt ist, schrieb in einem Kommentar:

„Seit Auschwitz weiß man, worauf es abzielt, wenn ‚Menschentieren‘ der Schutz der für Menschen gemachten Gesetze entzogen wird. (...) Man kommt nicht darum herum: Hier hat einer der prominentesten Politiker der Bundesrepublik, ein Minister und Parteivorsitzender, öffentlich und wiederholt die Abschaffung des Rechtsstaats für eine ganze Menschengruppe gefordert, und das mit einer Begründung (‚Tiere‘, ‚Geisteskranke‘), die als bewußte Anspielung auf Praktiken des Hitlerstaates verstanden werden muß.“(17)

1 Spiegel Nr. 1, Jg. 1957, S. 13
2 Stern Nr. 17, Jg. 1975, S. 72
3 ebenda
4 Spiegel Nr. 15, Jg. 1961, S. 16
5 Stern Nr. 17, Jg. 1975, S. 72
6 Die Zeit Nr. 28, Jg. 1979, S. 2
7 Stern Nr. 17, Jg. 1975, S. 72
8 ebenda
9 Spiegel Nr. 15, Jg. 1961, S. 16
10 Stern Nr. 13, Jg. 1975, S. 71 f.
11 Spiegel Nr. 15, Jg. 1961, S. 15
12 ebenda, S. 25
13 Stern Nr. 14, Jg. 1975, S. 76
14 R. Kühnl, Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, 1972 Köln, S. 22
15 ebenda
16 ebenda
17 Schwarzbuch: Franz Josef Strauß, 1972 Köln, S. 73
18 ebenda, S. 74 f.

Vorwärts:

„Strauß ist kein Faschist“

Das Signal setzte Kanzler Schmidt, künftiger Wahlkampfrivale des CDU/CSU-Rivalen: „Man darf Strauß nicht unterstützen, nicht als Gegner dämonisieren, man sollte auch nicht in den Fehler verfallen, in seiner Vergangenheit herumzustochern, um alte Affären auszugraben.“

Und die SPD-Zeitung „Vorwärts“ bewahrt alle die, die das „herumstochern“ doch nicht lassen können, gleich vor falschen Schlußfolgerungen: „Strauß ist deswegen kein Faschist, als den ihn manche sehen wollen.“

Herbert Wehner, Zuchtmeister der SPD, beschwört die Parteibasis: „Es wäre ein schwerwiegender, möglicherweise auf viele Jahre nicht mehr gutzumachender Fehler, wenn Sozialdemokraten sich darauf konzentrierten, über das skandalreiche Leben eines alternden


„Ohne daß es jemand ausspricht, vergleicht die deutsche Öffentlichkeit dieser Mann mit Hitler.“

Machiavellisten [Machtpolitiker] zu reden.“

IGM-Chef Loderer äußerte sich bei einem „Bild“-Interview regelrecht gewerkschaftsfeindlich. Er versicherte Strauß im Falle eines Wahlsiegs der Loyalität der IGM-Führung.

SPD- und Gewerkschaftsführung machen sich so zum Gehilfen der CDU/CSU-Strategen, das ramponierte Ansehen des CSU-Chefs in der Bevölkerung aufzupolieren. Sie sabotieren schon im Ansatz den Kampf gegen Strauß, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Offensichtlich gehen sie — mit Recht — davon aus, daß dieser antifaschistische Kampf auch ihre reaktionäre Natur immer mehr entlarven wird.

Wahrheit à la CSU

Strauß und seine CSU-Knappen, Meister des Dementis, haben wieder zugeschlagen. In seiner Ausgabe vom 6. Juli veröffentlichte das Wochenmagazin „Die Zeit“ unter anderem einen bezeichnenden Ausspruch des frischgebackenen Kanzlerkandidaten der CDU/CSU: „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen.“

Dieses hat Strauß zu keiner Zeit gesagt, hört man jetzt aus der CSU-Zentrale in München. Und bedeutungsvoll fügt man hinzu, daß schon im Dezember 1978 der Bayrische Rundfunk zu einem Widerspruch wegen dieses Zitats gezwungen war. Im übrigen befinde man sich in einem Rechtsstreit mit dem Lamuv-Verlag, der den denkwürdigen Satz in dem Buch „Deutschland erwacht“ von Henryk M. Broder veröffentlicht hat (1978). Das Zitat taucht außerdem in einer Ausgabe des „Stern“ und im „Schwarzbuch: Franz Josef Strauß“ (1972) auf. Zum ersten Mal wurde es in der „Frankfurter Rundschau“ vom 13.9. 1969 veröffentlicht.

Dieses *„von nichts mehr wissen“* ist, abgesehen von der Parallele zu Filbinger, eine durchgängige Taktik im Leben des gewieften Politikers Strauß. Er baute sie anläßlich der „Spiegel-Affäre“ zu einem besonders dreisten Schauspiel aus. Erklärte er zunächst vor dem Bundestag: „Ich habe mit der Sache nichts zu tun, im wahrsten Sinne des Wortes nicht zu tun“, so verstieg er sich wenig später zu der Behauptung: „Ich habe nie behauptet, daß ich mit der Sache nichts zu tun hätte“, während der im Lügen einschlägig vorbelastete Strauß-Spezi Dr. Zimmermann (Old Schwurhand) erklärte, Strauß habe doch nur „zum Wohle des deutschen Volkes gelogen.“

Strauß und seine Knappen jedenfalls scheinen entschlossen zu sein, den Appell von Kanzler Schmidt, nicht in Straußens Vergangenheit „herumzustochern“ auf die ihnen eigentümliche Weise zu beherzigen. Wir dürfen gespannt sein, wie lang es dauert, Strauß vom bayrischen Buhmann zum Musterknaben der Nation umzumodellieren.

Wer im Glashaus sitzt ...

„Verdreckte Vietcong-Anhänger, die öffentlich Geschlechtsverkehr treiben“

(Strauß über Vietnamdemonstranten, zitiert nach Stern Nr. 17, Jg. 75)

„Mit einer Flasche Whisky in der Tasche zog der Kläger [Franz Josef Strauß, Red.] in der Nacht vom 25./26. Juli [1961, Red.] nach einem Herrenabend beim deutschen Generalkonsulat in San Francisco in der 49. Marccia Avenue in das Negerviertel hinter der Marketstreet. Dort landete er schließlich in einer Prostituierten-Kneipe billigster Art. Gegen 2 Uhr früh besorgte ihm ein schwarzer Zuhälter nach kurzer Rücksprache mit dem Kläger eine Begleiterin. Der Kläger nahm die Negerin in das exclusive Hotel *St. Francis* mit, wo er im ersten Stock eine Ecksuite bewohnte. (...) Der Kläger ging mit der Farbigen in sein Appartement und hielt sich dort mit ihr eine knappe Stunde im Schlafzimmer auf.“ — Zu ergänzen wäre noch, daß diese Eskapaden durch das westdeutsche Generalkonsulat finanziert wurden, also von unseren Steuergeldern.

(Zitiert aus einem Schriftsatz, den zwei Münchner Rechtsanwälte am 5. April 1965 bei der 18. Zivilkammer des Landgerichts München I einreichten. Mit diesem Schriftsatz wollten sie beweisen, daß ihr Mandant Rudolf Augstein Strauß zu recht einen „der Korruption schuldigen Minister“ genannt hat. Strauß erhob insbesondere gegen die zitierte Passage Privatklage, die er jedoch am 16. Juli 1966 wieder zurückzog.)



Aufruf

*1978 verfügten Innenminister, Kultusminister, Justizminister und der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales ähnlich wie zuvor schon in anderen Bundesländern die **Einführung der Jugendpolizei.** Offizielle Begründung ist die Bekämpfung der ansteigenden Jugendkriminalität. Im täglichen Leben zeigt sich aber, daß der Jugendliche von der Jugendpolizei nur stärker kontrolliert, überwacht, bespitzelt und datenmäßig erfaßt wird. Weiterhin sollen Sozialarbeiter zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Jugendpolizei verpflichtet werden. Es ist schon mehr als einmal passiert, daß der nette Kumpel in der Diskothek neben einem ein Jupo war, der zwei Tage später die Razzia mitleitete.*

Nach der immer stärker werdenden Kontrolle in Schule und Betrieb wird jetzt auch die „Frei"zeit erfaßt.

*Gegen die Jugendpolizei hat sich in vielen Städten breiter Widerstand erhoben. Jugendliche, Sozialarbeiter, Gewerkschaftler und Vertreter von Jugendorganisationen haben sich in der **Landesinitiative gegen die Jugendpolizei** zusammengeschlossen und rufen gemeinsam zu einer*

Demonstration am 15. September

unter folgenden Forderungen auf:

- *Rücknahme des Runderlasses des Innenministers vom 3. 2. 1978*
- *Rücknahme des Runderlasses des Innen-, Justiz-, Kultusministers und des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 16. 8. 1978*
- *Rücknahme aller entsprechenden Dienstanweisungen und Verfügungen der Polizeipräsidenten*
- *Keine neuen Konzepte zur Einführung der Jugendpolizei*

Unterschriftenlisten mit diesem Aufruf können angefordert werden bei: Initiative „Keine Jugendpolizei in NRW", Alleestraße 49, 4100 Duisburg 11, Tel.: 0203/ 55 06 23. Genauso wie die neueste Ausgabe des Informationsdienstes der Initiative, 30 Seiten, 2 Mark. Dort erhält man auch dieses Stop-Schild als Aufkleber oder Anstecknadel. (Aufkleber: 100 Stück 5 Mark plus 2.80 Mark Porto; Anstecknadel: bei Abnahme von mindestens 10 Stück 0,60 Mark plus 2,80 Mark Porto.)



Propaganda für Killertruppe

Schießt die GSG-9 weniger?

GSG-9-Chef Wegener verlangt Einsatz bei der „Terroristenbekämpfung"

Die kaltblütige Niederschießung von Elisabeth von Dyck und Rolf Heißler, die ein grelles Licht auf die Todesschußpraktiken der deutschen Polizei wirft, dient den Bonner Propagandisten auch noch zur Begründung ihrer finstersten Pläne.

So häufen sich die Zeitungsberichte, nach denen Wegener, der Anführer der berüchtigten Bundesgrenzschutz-Truppe GSG-9, den Einsatz seiner Einheit bei der „Terroristenbekämpfung" verlangt. Laut Wegener nämlich hätten die GSG-9-Leute im Falle Dyck/ Heißler nicht sofort zur Waffe gegriffen. Sie hätten den Fall „auf die sanfte Tour" erledigt.

Auf einer Theaterbühne ließ Wegener kürzlich in einer gespielten Szene den Länderpolizeichefs vorführen, wie seine Leute Rolf Heißler mit Blendscheinwerfern und anderen technischen Finessen — ohne zu schießen — festgenommen hätten. So sollte der Öffentlichkeit vor Augen geführt werden, daß die Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Länder bei der „Terroristenbekämpfung" überfordert seien und daß an ihre Stelle die allseitig ausgebildete GSG-9 treten müsse. Angeblich, um unnötiges Blutvergießen zu verhindern.

Aber lassen wir uns nichts vormachen. Noch ist nicht vergessen, wie dieselbe Truppe im Herbst 1977 in Mogadischu das gekaperte Flugzeug stürmte und die Flugzeugentführer, ohne Rücksicht auf die Geiseln zu nehmen, einfach niederschoß. Hier hat Wegeners Killertruppe gezeigt, wie sie wirklich vorgeht.

Das war die direkte und eiskalte Umsetzung jener Maxime, die der Bonner BKA-Chef Herold später formulierte: „Der Terrorismus muß beseitigt werden, er muß rasch beseitigt werden". Geradezu lächerlich ist da die Behauptung, die GSG-9 würde Blutvergießen verhindern.

Mit allen Mitteln soll erreicht werden, daß diese Killertruppe an den gewöhnlichen Fahndungsaktionen teilnimmt.

Schon seit langem trachtet Bonn nach einem einheitlichen, zentral organisierten Polizei- und Gewaltapparat nach Naziart. Mehrere Entwicklungen wurden in die Wege geleitet, um diesem Ziel näher zu kommen. So die Schaffung des Bundeskriminalamtes (BKA), das direkt von Bonn aus befehligt wird; so die institutionalisierte Zusammenarbeit von Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz und BKA mittels „Amtshilfe"; so auch die gesetzlich vorgesehene Heranziehung von Bundesgrenzschutz und Bundeswehr zu Polizeiaufgaben. Der Ruf nach Wegener und seiner Killertruppe ist ein weiterer Vorstoß in diese Richtung.

Von allen Seiten wird der GSG-9 der Weg bereitet. NRW-Innenminister Hirsch will die GSG-9 zusammen mit seinen SEK-Einheiten auf Streife schikken (siehe RM 26/79). Die Innensenatoren von Hamburg und Bremen haben gemeinsame „Einsatz- und Alarmkonzeptionen für den Ernstfall" von GSG-9 und Polizei ausgearbeitet. Hamburgs Innensenator Staak nennt die GSG-9 sogar „die Spitzenmannschaft in der Gefahrenabwehr", ohne die er „Terrorbekämpfung nicht machen möchte".

Es ist kein Zufall, daß die Bemühungen in dieser Richtung gerade in den Ländern vorangetrieben werden, in denen Industrie, und damit die Arbeiterschaft, konzentriert ist. Heute noch bei „Terroristenfahndungen", morgen im Einsatz gegen streikende und demonstrierende Arbeiter — das ist die bedrohliche Perspektive, gegen die sich Gewerkschafter und Antifaschisten gleichermaßen entschieden zur Wehr setzen müssen.



Zum Fürchtenlernen: GSG-9-Männer beim Nahkampftraining. Wegener, dem Kommandeur der Truppe, macht nach eigenem Bekenntnis „alles Spaß, was nach Jagd aussieht".

„Angriffsunfähig" geschossen

Widersprüchliche Erklärung der Staatsanwaltschaft zum Tod von Elisabeth von Dyck

Wieder einmal „in Notwehr" haben die Kriminalbeamten gehandelt, als sie in Nürnberg Elisabeth von Dyck erschossen. So heißt es in einer offiziellen Erklärung der Nürnberger Staatsanwaltschaft. Der Schußwaffengebrauch sei „erforderlich und geboten" gewesen, um Frau von Dyck „angriffsunfähig" zu machen.

Hinter solchen Formulierungen verbirgt sich Killerlogik. Das wird besonders deutlich an den Worten, mit denen der Schußwaffeneinsatz begründet wird: Es hätte die „unausräumbare Gefahr" bestanden, die „dem harten Kern der Terroristen zugerechnete" Elisabeth von Dyck „würde von ihrer Schußwaffe Gebrauch machen können oder auch bereits mit gezogener Pistole erscheinen". Außerdem hätten die Beamten mit der Ankunft weiterer mutmaßlicher Terroristen rechnen müssen!

Mit dieser Rechtfertigung darf jeder Polizeibeamten sofort schießen, hat er nur eine Person vor sich, von der er annimmt, sie gehöre zu den Terroristen. Das ist die Einführung der Todesstrafe, vollstreckbar durch jeden beliebigen Polizeibeamten!

Die Rechtfertigung dieser Todesschußaktion durch die Staatsanwaltschaft hat zur Folge, daß auch in Zukunft alle „Terroristen-Jäger" unbehelligt totschießen können, ohne daß sie Gefahr laufen, sich dafür verantworten zu müssen. Damit werden tatsächliche oder auch nur vermutete „Terroristen" zum Freiwild erklärt. Auch in der Vergangenheit sind irrtümlich Erschießungen unschuldiger Bürger durch die Polizei praktisch straffrei geblieben. Das soll offenbar auch weitergehen.

Hier zeigt sich immer mehr, daß die Polizei planmäßig zu einem Gewaltorgan ausgebaut werden soll, das schießen kann, wann es will und das immer recht bekommt. In Vorbereitung auf die Krise der achtziger Jahre, die zu schweren Konflikten zwischen dem Staat und der werktätigen Bevölkerung führen wird, soll die Polizei offenbar jetzt schon durch Abschrekkung klarmachen, daß sie als Bürgerkriegstruppe gegen die Werktätigen bereitsteht.

Aber die Einschüchterungsabsichten der Bonner Regierung sind eine Sache, ob diese Absichten sich verwirklichen lassen, eine andere. Schon heute rufen die Todesschußpraktiken der westdeutschen Polizei entschiedenste Proteste der Bevölkerung hervor.

Adenauer-Friedens-Preis für Nico Hübner

Die Militaristen und der Kriegsdienstverweigerer

Die CDU/CSU-hörige „Deutschlandstiftung" hat in München dem Ostberliner Kriegsdienstverweigerer Nico Hübner den neugeschaffenen „Konrad-Adenauer-Friedenspreis" 1979 zugesprochen. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert. In Verfolgung ihrer revanchistischen und militaristischen Ziele suchen sich die Herren gegebenenfalls auch eines Wehrdienstverweigerers zu bedienen.

Wer ist Nico Hübner? Hübner, damals 22 Jahre alt, weigerte sich im letzten Jahr, den Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR zu leisten. Er erklärte dazu, daß er in keiner deutschen Armee Dienst tun wolle. Dabei berief er sich auf das Potsdamer Abkommen, das für ganz Berlin einen entmilitarisierten Status vorsah. Die DDR-Behörden verurteilten Hübner zu fünf Jahren Haft.

Über Nico Hübners Person wissen wir wenig. Wir haben keinen Grund zu zweifeln, daß seine Kriegsdienstverweigerung einer ehrlichen pazifistischen Haltung entsprang, daß er die Kriegspolitik des Ostens wie des Westens ablehnt. Aber viel mehr läßt sich nicht sagen. Hübner sitzt seit einem Jahr in Haft. Er ist von der Aussenwelt abgeschnitten.

Angesichts dieser Situation ist es jedoch geradezu widerlich, welches Spiel einschlägige Kreise hier in der Bundesrepublik mit Nico Hübner treiben. Die einen erklären ihn zum Antikommunisten, die andern zum strammen Kämpfer gegen den Sozialimperialismus. Die Springerpresse hat ihn längst zu ihrem Helden hochstilisiert. Die Spitzen der Bonner Parteien, der Bundestag und das Westberliner Abgeordnetenhaus haben ihn zu ihrem Märtyrer gemacht. Die zweifelhaftesten Figuren der Bundesdeutschen Politlandschaft, von Semler bis Löwenthal und Strauß, haben sich an den Wehrlosen gehängt, um ihn schamlos und bis zur Neige für ihre Zwecke auszusaugen.

Da darf natürlich auch eine Deutschland-Stiftung, deren Ehrenpräsident **Adenauer war**, nicht zurückstehen. Sie verlieh Hübner den Preis „für seine mutige Haltung und sein unbeugsames Eintreten für Freiheit, Recht und Einheit aller Deutschen." — Hat sie übersehen, daß Hübner **in keiner deutschen Armee**, auch nicht in der Bundeswehr, Kriegsdienst leisten will? Die mit dem Preis verknüpften 10 000 Mark wurden vorerst an den vertrauenswürdigsten aus der reaktionären Riege, an den schwarzen Franz Josef Strauß ausgehändigt. Sieh da! Es ist derselbe Strauß, der die Wiederaufrüstung Westdeutschlands betrieben hat, derselbe, der Wehrdienstverweigerer sonst als „Feiglinge" zu bezeichnen pflegte. „Ich bin nicht feige", hat Franz Josef Strauß gesagt, „denn ich bin kein Wehrdienstverweigerer."



Dieter Vogelmann:

„Ich werde mich nicht unterkriegen lassen"

In unserer Ausgabe vom 29. Juni berichteten wir von Dieter Vogelmann, einem Opfer der politischen Strafjustiz. Wir hatten Gelegenheit, mit ihm ein Gespräch über seine kurz bevorstehende Gefängnisstrafe zu führen. Es folgen Auszüge:

Wofür will man dich für ein Jahr ins Gefängnis schicken?

Der Anlaß ist die Demonstration gegen den Krieg in München 1972. Im Zusammenhang mit der Durchbrechung eines Demonstrationsverbots kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Da ich, wie das Gericht bestätigte, weder festgenommen wurde, noch mir irgendwelche „Gewalttätigkeiten" nachgewiesen werden konnten, war es schon ein riesiger Skandal, daß ich meiner Gesinnung wegen zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt wurde. Die Bewährung ist nun in einer weiteren Verhandlung gestrichen worden mit dem zynischen Hinweis, die „Verteidigung der Rechtsordnung" verlange die Vollstrekkung.

Was sagen deine Kollegen dazu?

Einer meinte in Anspielung auf die vielen freigesprochenen Nazi-Verbrecher: „Hättest du ein paar tausend Juden umgebracht, wäre es dir wohl besser ergangen." Viele boten ihre Hilfe in Sachen Wohnung usw. an. Als es in meinem Betrieb um einen Beurlaubungsantrag ging, halfen sie mir dabei. Auch der Betriebsrat hat ihn unterstützt. Die Beurlaubung ist nötig, damit ich während der Zeit im Gefängnis meine Arbeit nicht verliere. Viele haben mir schon versprochen, zu schreiben oder mich zu besuchen.

Mit welcher Einstellung gehst du ins Gefängnis?

Ich sehe das so. Auf der einen Seite wird groß vom dreißigjährigen Geburtstag der „freiheitlichsten Verfassung, die wir je hatten" gejubelt. Meine Gefängnisstrafe aber zeigt, daß die Wirklichkeit anders ist. Rechte wie Demonstrations oder Meinungsfreiheit werden dem Volk nicht zugestanden. Da steh ich wahrhaftig nicht alleine da. Deshalb ist es wichtig, daß mein Fall und die vielen anderen breit bekannt werden. Was die konkreten Vorbereitungen für meinen „Umzug" betrifft, so helfen mir dabei Nachbarn, Freunde und Genossen. Ich werde mich jedenfalls nicht unterkriegen lassen.



Das Arbeitsgericht: Hier ist deine Kündigungsschutzklage gut aufgehoben. Wenn es sein muß, auf Jahre. (Im Bild: zehn der zwanzig Richter des Hamburger Arbeitsgerichts)

Kündigungsschutz —gibt es das?

Volkskorrespondenz aus Bochum

„Die Kündigung eines Mitglieds des Betriebsrats, einer Jugendvertretung, einer Bordvertretung oder eines Seebetriebsrats ist unzulässig…" — außer, der Betreffende gibt Anlaß zu einer fristlosen Kündigung. So steht es im Paragraphen 15 des Kündigungsschutzgesetzes. Der Kündigungsschutz soll es Betriebsräten usw. ermöglichen, ohne Furcht vor Entlassung ihrer Aufgabe als Interessenvertreter einer Belegschaft etc. nachzugehen. Das dritte Programm des Westdeutschen Fernsehens brachte dazu am 18.6.79 einen Bericht, der hier für alle, die ihn nicht sehen konnten, zusammengefaßt ist.

Wenn etwas unzulässig ist, darf es nicht geschehen, müßte man meinen, und wenn jemand etwas Unzulässiges tut, müßte er dafür bestraft werden. In Wirklichkeit jedoch sind Kündigungen von Betriebsräten und anderen unter Kündigungsschutz stehenden Personen an der Tagesordnung. Die sogenannte Rechtsprechung macht es möglich. Was passiert also, wenn jemand, dessen Kündigung unzulässig ist, dennoch gekündigt wird?

Erst einmal muß der Gekündigte seinen Arbeitsplatz räumen. **Tut er es nicht, kann der Unternehmer die Polizei zu Hilfe holen.** Um in seine Rechte wiedereingesetzt zu werden, muß der Gekündigte einen Prozeß vor dem Arbeitsgericht anstrengen. In dieser Zeit ist er erst einmal aus dem Betrieb raus und die nun einsetzende Rechtsprechung ist darauf ausgelegt, ihn auch nicht mehr hineinzulassen.

Vor der eigentlichen Verhandlung steht ein Vermittlungstermin, bei dem der Richter alles tut, um den Gekündigten zu einem Vergleich und einer finanziellen Abfindung zu überreden, die in diesem Falle etwas höher ausfällt als bei gewöhnlichen Gekündigten. Springt der Gekündigte auf diese Bestechung nicht an, folgt die eigentliche Verhandlung. In der ersten Instanz kann der Gekündigte sogar recht bekommen, aber deswegen ist er noch nicht am Ziel. Der Unternehmer geht da meist in die zweite Instanz und solange die läuft, bleibt die alte Lage bestehen. **Die von Gesetzes wegen unzulässige Kündigung bleibt de facto durch alle Instanzen hindurch aufrechterhalten.**

In der zweiten Instanz kann sich der Gekündigte nicht mehr selbst vor Gericht vertreten, sondern braucht einen Rechtsanwalt, und der kostet Geld. Da ist der Unternehmer dem Gekündigten weit überlegen. Zuweilen stellt die Gewerkschaft einen Anwalt, aber meist raten einem die Rechtsstellen der Ortsverwaltungen zu einem Vergleich. Sie „passen sich der Rechtsprechung an", das heißt, sie machen das üble Spiel mit, bei dem **der Rechtsbruch des Unternehmers durch alle Instanzen hindurch aufrechterhalten wird.**

Zuweilen kommt es vor, daß der Gekündigte auch die zweite Instanz durchficht und recht bekommt. Der Unternehmer geht dann meist in die dritte Instanz, vor das Bundesarbeitsgericht in Kassel, und da ist der Ofen für den Gekündigten aus. Dort stehen inzwischen so viele Kündigungsschutzprozesse zur Verhandlung an, daß bis zur Verhandlung mindestens zwei Jahre verstreichen. Das hält kein „Arbeitnehmer" durch, denn schließlich muß er von etwas leben und daher anderweitig Arbeit finden.

Aber auch von Rechts wegen ist er verpflichtet, sich nach anderweitiger Arbeit umzusehen. Er darf nicht darauf bauen, daß er aufgrund der Gesetze recht bekommt und der Unternehmer seinen Unterhalt in der Zeit, da der Prozeß durch alle Instanzen lief, tragen muß. **Er ist vielmehr gehalten, Arbeit zu finden, damit dem Unternehmer, dem Rechtsbrecher also, kein unzumutbarer Schaden entstehe.** Um den Schaden, der dem unzulässig Gekündigten entsteht, kümmert sich die Rechtsprechung nicht.

Der Zweck dieser Art von Rechtsprechung liegt klar auf der Hand: Dem Unternehmer soll es durchaus möglich sein, trotz Kündigungsschutzgesetz, aufmüpfige, kämpferische oder gar rote Betriebsräte aus ihren Betrieben zu entfernen, ohne dabei nennenswerten Schaden zu erleiden.

Man müßte meinen, die Gewerkschaftsführung müßte an der Stärkung der Betriebsräte interessiert sein, indem sie das verbriefte Recht auf Kündigungsschutz auch in der Rechtsprechung durchsetzte. **Das hieße zumindest, daß eine unzulässige Kündigung bis zum Gerichtsentscheid unwirksam bliebe und der Gekündigte den Betrieb nicht verlassen müßte.** Aber die Gewerkschaftsführung, selbst ein Großunternehmer, hat in dieser Richtung nichts unternommen und wird wohl auch in Zukunft nichts unternehmen. So, wie das Kündigungsschutzgesetz jetzt gehandhabt wird, verkehrt es sich in sein Gegenteil: Es gibt keinen Kündigungsschutz.

Hier liegt ein Abschnitt in der breiten Front des gewerkschaftlichen Kampfes zur Stärkung der Arbeitervertreter gegenüber den Unternehmern, eine Aufgabe für die RGO.

Erschlagen wegen 3,70 DM — Polizisten freigesprochen!

Volkskorrespondenz aus Flensburg

Stellen Sie sich vor, Sie gehen in eine Gaststätte, um ein oder mehrere Glas Bier zu trinken. Sie wollen bezahlen, doch der Gastwirt meint, daß die Rechnung um 3,70 Mark höher ist als Sie annehmen. Um die Sache zu klären, wird die Polizei gerufen. Sie sind damit einverstanden, da Sie sich ja im Recht glauben.

Genauso hat Kurt Broselge, 41 Jahre, Bauarbeiter, gehandelt. Daraufhin kamen zwei Polizisten. Herr Broselge hatte keinen Ausweis mit. Die Polizisten wollten ihn mit zur Wache nehmen; er war damit absolut nicht einverstanden. Kurt Broselge wurde abtransportiert. Die Gäste wollten dies beobachten, doch der Wirt meinte: **„Die Polizei braucht keine Zeugen!"**

Wie recht er hatte! Der 26jährige Polizeimeister Ralf Surkus versetzte Broselge eins mit dem Schlagstock, der 39jährige Polizeiobermeister Horst Rennwandt gab ihm einen Schlag mit der Faust an das Kinn; dann schlugen sie ihm noch in den Bauch. Kurt Broselges Frau rief morgens auf der Wache an und erhielt die Auskunft: „Ihr Mann ist tot!"

So schnell geht das! Kurt Broselge starb an Hirnblutungen. Da keine Zeugen vorhanden waren, verschwiegen die beiden „Hüter des Gesetzes" das wahre Geschehen und erklärten, Herr Broselge habe sich die Verletzungen selbst zugezogen. Durch eine Untersuchung des Toten flog der Schwindel auf. Die beiden eifrigen Polizisten kamen vor Gericht.

In den ersten Monaten nach dem Tod ihres Mannes erhielt Frau Broselge ständig anonyme Anrufe mit Morddrohungen. Die Anrufer forderten sie auf, es unter keinen Umständen zum Prozeß kommen zu lassen. Es war anscheinend nicht herauszukriegen, woher diese Anrufe kamen. Doch diese Typen mußten ja große Angst davor haben, daß die Wahrheit ans Licht kommt.

Aber ihre Angst war unbegründet: Die beiden Polizisten wurden vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Warum? War Herr Broselge ein „bärenstarker Schlägertyp"? Nein! Er war als friedlicher Bürger bekannt (auch beim Wirt!), der selten Gaststätten aufsuchte. Er sah eben nur nicht ein, daß er wegen einer strittigen Restzeche von 3,70 Mark festgenommen werden sollte.



Immer häufiger: Die Polizei geht ohne Anlaß oder aus nichtigem Anlaß in brutalster Weise gegen Bürger vor. Bei diesem Polizeieinsatz in München war es eine kleine Feier und angeblich zu laute Musik.

Bei Onkel Sam brodelt es. An vielen Tankstellen herrschen Zustände wie im Wilden Westen. Die unabhängigen Fuhrunternehmer (Trucker) sind wegen der hohen Dieselpreise in den unbefristeten Streik getreten. Die Nationalgarde greift immer häufiger ein. Man munkelt bereits über einen bevorstehenden Rücktritt von Energieminister Schlesinger. Jimmy Carter ist das Lächeln gründlich vergangen. Kürzlich sagte er im letzten Moment eine Fernsehansprache an die Nation ab; das Land der unbegrenzten Möglichkeiten taumelt am Abgrund einer schweren Krise.

Benzinknappheit in USA?

„Ein übles, schmutziges Geschäft"

mit Auszügen aus „Unite", Zeitung der KPUSA/ML

Die Ölkonzerne veröffentlichen Großanzeigen in den Zeitungen: „Wir halten keine Produkte zurück. Wir tun alles, was wir können." Doch kaum noch ein Amerikaner glaubt ihren Lügen. Ein streikender Trucker sagt: „Und wenn du alle 220 Millionen Amerikaner in einer Reihe aufstellst und abfragst, du wirst noch nicht einmal zehn finden, die den Ölgesellschaften glauben." Ein anderer meint: „Wenn die Ölgesellschaften den Preis dort haben, wo sie ihn haben wollen, dann kannst du soviel Benzin kriegen, wie du willst."

Peter Sartorius von dem Wochenmagazin *„Die Zeit"* kann es sich nicht erklären: „Wie reimt sich das (die Verknappung, Red.) zusammen mit der Odyssee des Öltankers *Mobil Aero*, der, den Bauch voll Treibstoff, gemächlich die Küste entlang schipperte und in Florida vergeblich nach einem Depot Ausschau hielt, das ihm seine Ladung ganz hätte abnehmen können? Warum fuhren mehr als drei Wochen lang, vom 16. April bis zum 10. Mai, die ganzen Küstentanker von *Mobil* mit gedrosselten Maschinen und brauchten statt fünf Tagen volle neun Tage für die Fahrt von Beaumont/Texas nach Boston?"

Der Vizepräsident der *Mobil Oil*: „Es waren äußerst erfolgreiche Operationen." Ein Trucker: „Alles Politik, ein übles, schmutziges Spiel, bei dem du keine ehrliche Antwort kriegst."

Um ein wenig Licht in die dunklen Geschäfte der amerikanischen Ölmultis zu bringen, veröffentlichen wir im folgenden Auszüge aus einem Artikel, der am 1. Juli im Zentralorgan der Kommunistischen Partei der USA/Marxisten-Leninisten, „Unite", abgedruckt war:

„Die Benzinknappheit wird immer schlimmer. Die Preise steigen unaufhörlich. Der Zwischenfall in Levittown (eine Auseinandersetzung zwischen aufgebrachten Autofahrern, streikenden Spediteuren auf der einen und Polizeikräften mit Hundestaffeln auf der anderen Seite, Red.) kann sich jederzeit wiederholen, weil das Volk allmählich die Geduld verliert und der Staat immer häufiger eingreift.

Wer ist verantwortlich für diese Situation? Eines der Merkmale der Energiekrise ist der nicht enden wollende Strom von steigenden Profiten in die



Die Benzinknappheit wird immer schlimmer. (Bild: Bewachung der Tanklaster)

Taschen der Ölgesellschaften auf Kosten des amerikanischen Volkes. Von Mal zu Mal starten die Ölgesellschaften immer umfangreichere Offensiven zur Steigerung der Profite, und jedesmal nimmt die Zahl der Menschen, die ihren Erklärungen Glauben schenken, ab. Immer öfter wird ihr Profitstreben öffentlich angeprangert.

Im Gegensatz zur letzten Ölkrise (1973 bis 1975) sind den amerikanischen Werktätigen die Zusammenhänge diesmal viel klarer. Sie wissen nur zu gut, daß die Ölgesellschaften Rekordprofite scheffeln, sie selber aber ein Viertel ihres Monatseinkommens aufbringen müssen, um ihre Wagen fahrbereit zu halten. Die Trucker sind in den Streik getreten, weil sie durch die überhöhten Dieselpreise vom Markt geboxt werden sollen.

Das amerikanische Volk versteht immer besser die Rolle, die die Regierung bei diesen unwürdigen Täuschungsmanövern und der Unterstützung der Ölgesellschaften spielt. Das Energieministerium zum Beispiel gestattet, daß der Forschungsetat, der den Gesellschaften zukommt, in Wirklichkeit nicht für Forschungszwecke benutzt wird. Carters Krisenplan sieht Preiserhöhungen für diesen Sommer und weitere Verteuerung für den Winter vor. Das bedeutet, daß wir nicht nur an den Tankstellen beraubt werden, sondern auch beim Heizen unserer Wohnungen.

Die Presse verbreitet, das Volk würde jeden Preis für das Benzin zahlen. Das ist wirklich ein schlechter Scherz. Benzin ist eine Notwendigkeit für uns. **Ohne Benzin kommen wir nicht zur Arbeit. Ohne Heizöl können wir nicht heizen. Ohne Ölprodukte können wir die Felder nicht bestellen, ohne Dieselöl kann kein Lastwagen fahren. Natürlich bezahlt das Volk auch Höchstpreise, weil es auf Benzin und andere Ölprodukte angewiesen ist. Und die Ölkonzerne nutzen diese Abhängigkeit aus, um uns immer höhere Profite herauszupressen.**

Die Kapitalisten versuchen die Empörung der arbeitenden Bevölkerung gegen die Monopole auf die OPEC abzulenken. Natürlich spielt die OPEC in der Weltschlacht um Ölprofite eine reaktionäre Rolle. Aber der wirkliche Grund für die USA-Kapitalisten, die OPEC anzuprangern, ist, von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken. Sie benutzen die gestiegenen OPEC-Preise als Vorwand für ihre Preistreiberei.

Was aber noch wichtiger ist, die amerikanischen Ölkonzerne spielen auch innerhalb der OPEC eine große Rolle. Zum Beispiel kontrollieren amerikanische Ölkonzerne die saudiarabische Aramco. Außerdem kontrollieren sie einen großen Teil des Öls, das aus dem Nahen Osten kommt. Im Klartext: Von den sieben größten Ölgesellschaften der Welt, die 60 Prozent der Weltförderung und 54 Prozent der Weiterverarbeitung beherrschen, haben fünf ihren Sitz in den USA."

Die Energiekrise in den USA hat auch zu einer Regierungskrise im Weißen Haus geführt. Das Ansehen Jimmy Carters im Volk ist auf dem Nullpunkt angelangt. Es bestehen innerhalb der Regierung ernste Differenzen über die Art und Weise, wie man dem Volk am besten die Krisenlasten aufbürden kann. In diesem Zusammenhang müssen die Kriegsdrohungen der USA gegen die arabischen Staaten sehr ernst genommen werden. Aus einer Studie der Washington University geht hervor, daß nur noch knapp 30 Prozent des Volkes von der Regierung positive Maßnahmen erhoffen; vor 15 Jahren sollen es noch fast 70 Prozent gewesen sein.

Es steht zu befürchten, daß Carter dem Volk chauvinistischen Haß gegen die arabischen Völker einimpfen will, daß es den Haß auf die eigene Regierung vergißt. Gelänge ihm dies, hätte er zahlreiche innenpolitische Probleme vom Hals, und ein wirklicher Krieg im Interesse der amerikanischen Monopole wäre psychologisch vorbereitet. Doch ob das Volk sich einlullen läßt, ist eine ganz andere Frage.

Offensive des Kapitals in England

Thatcher will Gewerkschaftsrechte beschneiden

Am 9. Juli hat die Regierung Thatcher ein Papier veröffentlicht, das als Entwurf zu einem neuen Gewerkschaftsgesetz anzusehen ist. Schon lange ist es den britischen Monopolherren ein Dorn im Auge, daß bei ihnen die Gewerkschaftsbewegung sich mehr Rechte erkämpft hat als in anderen kapitalistischen Ländern.

Die Hauptangriffspunkte sind die Massenstreikposten, diese große Stärke und Tradition der englischen Arbeiterbewegung. In Zukunft sollen die Kollegen nur noch vor dem „eigenen" Betrieb Streikposten stehen dürfen. Keinerlei Massenaktionen und Solidaritätsaktionen vor den Toren anderer Betriebe sollen erlaubt sein. Und wenn dieser Entwurf Gesetz wird, können die Streikposten auch gerichtlich belangt werden. Weiter geht es der Regierung darum, dem Beginn von Streiks mehr Steine in den Weg zu legen. Urabstimmung und ähnliche Verfahren, wie bei uns schon lange die Regel, sollen auch hier verhindern, daß spontane Streiks organisiert werden, sollen auch in England die Unterscheidung von legalen und illegalen Streiks erlauben.

Seit 1906 ist geregelt, daß „die Beziehungen im Arbeitsleben außerhalb der Gesetze stehen" was — unter anderem — heißt, daß niemand wegen Streikaktivitäten vor Gericht kommen kann. Dies alles soll jetzt geändert werden.

Schließlich will Thatcher auch noch direkt in die Satzungen der Gewerkschaften eingreifen. Eine Änderung des Wahlsystems (mit Briefwahlmöglichkeit) soll verhindern, daß allzuviele radikale Elemente in die Führung der Gewerkschaften gewählt werden. Wenn diese Änderung des Wahlsystems zuviel Geld kosten sollte, will die Regierung selbst bezahlen. Endlich soll auch noch die Mitgliedspflicht in den Gewerkschaften abgeschafft werden, um mehr Möglichkeiten für die Kapitalisten zu schaffen, die Belegschaften untereinander aufzuspalten.

Diese Maßnahmen zielen in eine einzige Richtung: die Kampfkraft der britischen Arbeiterklasse schwächen!

Wozu, das zeigt ein zur gleichen Zeit veröffentlichter Entwurf einer neuen Regelung des Kündigungsschutzes. Der Kündigungsschutz soll radikal abgebaut werden. Und das ist nur die erste von vielen Maßnahmen, die auf die Arbeiterklasse zukommen. Die Regierung Thatcher geht daran, das Wahlversprechen, das sie den Kapitalisten gab, einzulösen.

Aber es ist klar, daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder diesen Angriff nicht still hinnehmen, sondern dagegen kämpfen wird. Protest ist bereits eingelegt worden, Aktionen wurden angekündigt.

Waffenlieferungen an Somoza

Die spanische Regierung unterstützt den von den Freiheitsstreitkräften hart bedrängten nicaraguanischen Diktator Somoza weiter mit Waffen. Vor wenigen Tagen lieferte sie ihm 10000 Mörser und Handgranaten sowie 50000 Schuß Maschinenpistolen-Munition. Als Zwischenhändler fungierte eine portugiesische Firma.

Aus den USA hat Somoza in den letzten Tagen sechs neue Kampfbomber erhalten. Ein Sprecher Somozas bestätigte gegenüber Reportern, daß Somoza die Maschinen „irgendwo" in Florida gekauft habe. Vier weitere Bomber sollen folgen.

Zu den Staaten, die das Somoza-Regime zumindest diplomatisch stützen, zählt auch die Bundesrepublik. Noch immer hat die Bonner Regierung ihre Beziehungen zu dem Mörder-Regime nicht abgebrochen.

Muzorewa bei Carter und Thatcher

Anerkennung Rhodesiens in drei Monaten?

Eine Anerkennung der Regierung Smith/Muzorewa in drei Monaten „oder sogar noch früher" würde ihn nicht überraschen: Dieses Resümee zog Bischof Muzorewa, die schwarze Marionette der weißen Rassisten Rhodesiens, nach einer Reise in die USA und nach Großbritannien.

Muzorewa warb mit seiner Reise um diplomatische Anerkennung seines Regimes, für die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien. Er konferierte mit den Häuptern des amerikanischen und britischen Imperialismus: mit den Regierungschefs Carter und Thatcher und mit den Außenministern Vance und Lord Carrington. Schon allein diese Gespräche bedeuteten eine ungeheure politische und diplomatische Aufwertung des Rassistenregimes in Rhodesien.

Über den Inhalt der Gespräche selbst wurde wenig Konkretes bekannt gegeben. Zu seinem Gespräch mit Carter erklärte Muzorewa, es sei für die Zukunft „ermutigend" gewesen. Er habe eine „äußerst positive" Haltung gegenüber seiner Lage feststellen können.

Die Rolle des Vorkämpfers für die Anerkennung des rhodesischen Rassistenregimes überließ die amerikanische Regierung, die sich zurückhaltend gab, jedoch weiterhin der britischen Regierung.

Schon vor der Ankunft Muzorewas in London bekräftigte Außenminister Carrington die Äußerung der Thatcher über die Anerkennung des Regimes. (Siehe „Roter Morgen" Nr. 28). Die Regierung Großbritanniens — so Carrington — werde in Kürze neue „Rhodesienvorschläge" auf den Tisch legen, die vergleichbar mit den Bedingungen seien, unter denen Großbritannien anderen Commonwealth-Ländern die Unabhängigkeit gewährt habe. — Während der Unterredung drängten Thatcher und Carrington Muzorewa lediglich, einige kosmetische Korrekturen an der rassistischen Verfassung Rhodesiens vorzunehmen, um der britischen Regierung die diplomatische Anerkennung zu erleichtern. Thatcher und Carrington erhoben wieder die Forderung nach „breiter internationaler Zustimmung" zum Regime Smith/Muzorewa.

In der Haltung Londons zeigen sich am deutlichsten die Bestrebungen der westlichen imperialistischen Länder, stärker auf die Karte Muzorewa zu setzen. Die Aufrechterhaltung der Rassistenherrschaft hinter der Fassade einer „schwarzen Mehrheitsregierung" scheint ihnen das beste Modell, um den Freiheitskampf der schwarzen Bevölkerung einzudämmen und niederzuschlagen; um die Positionen der Rassisten — und damit ihren eigenen Einfluß — im südlichen Afrika zu stärken; um ihrem russischen Konkurrenten in dieser Region besser entgegentreten zu können.

Die Regierung Muzorewa/Smith hatte im Gefolge der sogenannten „Aprilwahlen" die Regierung Smith abgelöst. Die Wahlergebnisse waren unter dem Druck eines riesigen Militär- und Polizeiaufgebots zurechtgeformt worden. Mit der neuen „Mehrheitsregierung" wurden die Machtverhältnisse jedoch nicht angetastet. Die Weißen, die vier Prozent der Bevölkerung ausmachen, stellen 28 von 100 Abgeordneten. Sie haben das Vetorecht gegen alle Entscheidungen der „Mehrheitsregierung". Polizei, Armee, Justiz — die entscheidenden Machtinstrumente — stehen weiter unter weißer Führung.

China: Monopole werden ins Land geholt

Am 1. Juli hat der Nationale Volkskongress der Volksrepublik China ein Gesetz angenommen, das es ausländischen Kapitalisten erlaubt, **Kapital in China zu investieren,** gemeinsame ausländisch-chinesische Betriebe zu gründen. Gewinne dürfen steuerfrei ins Ausland überführt werden, das Risiko wird gemeinsam getragen, die Entscheidungen soll ein gemeinsamer Vorstand treffen. **Die einzige Beschränkung, die das Gesetz kennt: Die ausländischen Kapitalisten müssen mindestens 25 Prozent der Investition tragen.**

Dieses Gesetz ist vom Inhalt her dasselbe, wie es auch in Jugoslawien, Bulgarien und anderen Ländern Osteuropas besteht. So bekennen auch die chinesischen Revisionisten offen Farbe, was sie wirklich sind: eine Klasse von Ausbeutern, die sich gemeinsam mit den Monopolen aus USA, Westdeutschland und Japan an den chinesischen Arbeitern bereichern wollen, die chinesischen Arbeiter an die Monopole verschachern.

In den Kreisen der Kapitalisten geht heute die Diskussion nur noch darüber, ob die billige chinesische Arbeitskraft auch sicher genug zu bekommen ist, ob die chinesischen Arbeiter das höhere Arbeitstempo in solchen Betrieben aushalten werden.

Das sind denn auch die Perspektiven, die dieses Gesetz in China eröffnet: mehr Profit für die einen, Arbeitshetze und wenig Lohn für die anderen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Sechs Wochen lang reiste ein Redakteur des „Roten Morgen" kreuz und quer durch das sozialistische Albanien. In den bisher erschienenen Folgen seiner Reportage berichtete er über eine Brigadeversammlung im Enver-Werk, den Bau des großen Wasserkraftwerkes „Licht der Partei", die Schule „7. November" in Tirana und die Bergarbeiter in Albanien. In dieser Folge geht es um den Kampf gegen die Religion.





Reisereportage
SVR ALBANIEN



Die Einladung der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit" bestand schon geraume Zeit. Im Frühjahr dieses Jahres endlich bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen" sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Er sah sich im Lande um, in der Ebene und in den Bergen; er besuchte Städte, Dörfer, Fabriken, landwirtschaftliche Betriebe, Schulen; er nahm an Betriebsversammlungen teil; er sprach mit Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Volksintelligenz; er besuchte sie an ihrem Arbeitsplatz oder in ihren Wohnungen. Das Bild zeigt unseren Reporter [vorne Mitte] mit albanischen Werktätigen.

Albanien im 35. Jahr der Befreiung

Aus der Moschee w

Jeder unbefangene Besucher wird den großen Jugendpalast von Durres für ein typisches Bauwerk des neuen Albaniens halten. Über der hohen, wuchtigen Freitreppe flimmert die helle, moderne Fassade in der Sonne. Zehn Jahre wollte ich auf eine entsprechende Frage meiner albanischen Begleiter dem Gebäude höchstens geben. Und damit hatte ich mich ganz grob verschätzt.

Denn die Geschichte dieses Jugendpalastes reicht weit in die Zeit vor der Befreiung zurück, und es war gar eine muselmanische Geschichte. Das große Gebäude war nämlich eine Moschee. Man muß jedoch nicht einmal so weit zurückgehen. Vor einem guten Jahrzehnt noch haben sich hier Menschen auf den Boden geworfen, das Gesicht gen Mekka, und ihren Allah angerufen.

In einem hatte ich bei meiner Schätzung jedoch trotzdem recht: Die Fassade des Jugendpalastes ist tatsächlich etwa zehn Jahre alt. Sie verdeckt heute die Außenmauer der alten Moschee. Und auch sonst ist natürlich einiges umgebaut worden. Der große Innenraum, das Herzstück des Gebäudes, wo einst auf den Teppichen die Beter lagen, ist heute ein Theatersaal. Wo früher die drückende Stille nur durch das monotone Gemurmel der Gebete unterbrochen wurde, herrscht jetzt fröhliche Aktivität. Als ich mir den Theatersaal ansehe, laufen dort gerade die Proben für einen Liederwettbewerb.

Was mich aber viel mehr als der Gesang interessiert, das ist die Frage: Wie ist aus der Moschee ein Jugendpalast geworden? Der Genosse Kabshi, Direktor der Naim-Frasheri-Schule in Durres, kann mir darauf Antwort geben. Er ist vor zwölf Jahren dabei gewesen, als die Jugend der Hafenstadt dieses religiöse Zentrum in Besitz nahm. Und seine Schule hat dabei eine wichtige Rolle gespielt. Lassen wir also Kabshi berichten, der zu jener Zeit selbst noch die Schulbank drückte.

Religion im Dienst der Besatzer

„Als Anfangspunkt unserer damaligen Bewegung könnte man den V. Parteitag der PAA im Jahr 1966 bezeichnen. Genosse Enver war in seinem Rechenschaftsbericht sehr ausführlich auf die Notwendigkeit eingegangen, den Klassenkampf auf allen Gebieten energisch und kompromißlos weiterzuführen, unter anderem auch gegen die Religion. Und das ist ja auch verständlich, denn die Religion ist ein Gift, welches die revolutionären Aktivitäten der Massen lähmt und den gesellschaftlichen Fortschritt behindert. Das ist überall so. Bei uns in Albanien hat die Religion zudem noch eine besondere Rolle gespielt. Sie stand stets nicht nur im Dienst unserer einheimischen Unterdrücker, sondern vor allem auch der ausländischen Besatzer. Die Türken zum Beispiel wollten uns mit nackter Gewalt zu einem Volk von Moslems machen.

Die italienischen Faschisten haben sich bei ihrem Überfall auf unser Land auf die Organisation der katholischen Kirche in Albanien stützen können. Alle Eroberer, wer sie auch waren, haben in irgendeiner Form diese Karte gespielt. Ein sehr beliebtes Mittel ist es dabei gewesen, die Christen gegen die Moslems und umgekehrt zu hetzen. Und der Klerus hat bei diesem schmutzigen Spiel mitgemacht. Er ist immer eine der wichtigsten Basen der Reaktion gewesen. Nicht nur im ideologischen oder politischen Sinn. Wir haben noch nach der Befreiung in manchen Kirchen ganze Waffenlager ausgehoben, mit denen der reaktionäre Sturz der Volksmacht bewerkstelligt werden sollte.

So hat also außer der Verdummung und der Vernebelung der Köpfe das albanische Volk unter der Kirche auch noch in besonderer Form zu leiden gehabt. Aber gerade deshalb, gerade weil der moslemische, der katholische und orthodoxe Klerus so offen mit den Besatzern paktiert hat, ist der Haß des Volkes gegen ihn immer sehr stark gewesen. So ist auch unser Volk nie fanatisch religiös gewesen, die Bindung an die Religion war wesentlich schwächer als bei verschiedenen anderen Völkern. Das muß man wissen, um die Ereignisse vor zwölf Jahren und den raschen Sieg der antireligiösen Bewegung verstehen zu können.

Die erste Wandzeitung

Also: unsere Naim-Frasheri-Schule bekam damals vom Parteikomitee den Auftrag, Aktionen im Kampf gegen die Religion zu entwickeln. Wie sah zu dieser Zeit die Situation an der Schule aus? Man muß sagen, daß dort eine Menge faul war. Da gab es zum Beispiel noch die Gewohnheit, an religiösen Feiertagen Geschenke und Glückwünsche auszutauschen. Es gab Beispiele von religiösem Fatalismus: Der Dienstag wurde als schlechter Tag für Prüfungen angesehen, der 13. eines Monats ebenso; manche Schüler beobachteten, ob der Lehrer mit dem rechten oder linken Bein zuerst in die Klasse treten würde. Ja, es kam manchmal sogar zu Zwischenfällen zwischen Schülern verschiedener Religion.

All das, so haben wir vom Jugendverband damals erkannt, war ein Ergebnis unserer Gleichgültigkeit gegenüber solchen Erscheinungen. Wir hatten die Dinge im Grunde einfach laufen lassen. Nun, wir organisierten eine Sitzung des Verbands und diskutierten über unsere Kampagne. Als erstes wurden Gruppen von Agitatoren gebildet. Sie hatten die Aufgabe, die Werke der Klassiker, unsere Parteidokumente und andere Unterlagen zu studieren, um sozusagen geistige Waffen gegen die Religion zu schmieden. Denn wir mußten die Sache natürlich ernsthaft und wissenschaftlich angehen und auch wirklich in der Lage sein, eine gute Überzeugungsarbeit zu leisten.

Mehrere Tage dauerten in diesem Januar 1967 unsere Beratungen. In der Nacht vom 20. auf den 21. haben wir dann eine riesige Wandzeitung zu religiösen Problemen innerhalb und außerhalb der Schule gemalt und aufgehängt. Einen Tag später haben wir zu einer Versammlung aufgerufen. Dort wurden dann nicht nur die religiösen Erscheinungen in der Schule kritisiert. Wir holten zu einem richtigen großen Schlag aus. Die Handelsorganisation wurde angegriffen, weil sie Kram für religiöse Feierlichkeiten verkaufte; das Paßamt, weil dort in den Ausweisen Eintragungen nach der Religionszugehörigkeit vorgenommen wurden. Wir kritisierten die Art, in der die Bestattungen vorgenommen wurden. Früher, während des Befreiungskampfes, war es ganz selbstverständlich gewesen, daß alle Partisanen auf einem Friedhof beerdigt wurden. Warum gab es denn nach der Befreiung so viele verschiedene Friedhöfe, wie es Religionen gab?

Bei dieser großen Versammlung wurde übrigens auch schon die Forderung aufgestellt, diese Moschee hier der Jugend zu übergeben. Eines der Argumente, die wir dafür ins Feld führten, war die Tatsache, daß sich am Tag höchstens 30 Leute in dieser Moschee verloren, während die Masse der Jugend bei ihrer entsprechenden Räume hatte. Und heute haben wir hier ja auch über 500 Besucher täglich.

Einige Tage nach der Versammlung gab es dann die ersten Blitzbriefe — kleine Wandzeitungen — gegen einzelne Lehrer. Einer von ihnen zum Beispiel hatte auch Heiligenbilder zu Hause hängen. Eine Lehrerin hatte einem kleinen Jungen, der sie gefragt hatte, ob es denn einen Gott gäbe, überhaupt nicht geantwortet. Alle jungen Genossen der Naim-Frasheri-Schule machten sich mit Feuereifer an die Arbeit. In der Schule selbst wurde eine breite antireligiöse Propaganda entfaltet und man ging auch in die Familien, um dort zu diskutieren.

Während dieser ganzen Zeit hat sich der kollektive Geist an unserer Schule sehr stark entwickelt. Wir fühlten uns in dem gemeinsamen Kampf noch enger miteinander verbunden als früher. Auch die verschiedenen anderen Aktivitäten entwickelten sich gut, zum Beispiel die Laienkunstbewegung. Vieles stand natürlich auch direkt im Dienst unserer Kampagne, etwa ein satirisches Stück, das unsere Kabarettgruppe erarbeitete. Ich kann mich heute noch an viele schöne Gedichte erinnern, die damals geschrieben wurden. Wir gaben sogar ein kleines Büchlein heraus mit dem Titel ‚Es singen die neuen Revolutionäre der Naim-Frasheri-Schule'.

Die Kundgebung im Kloster

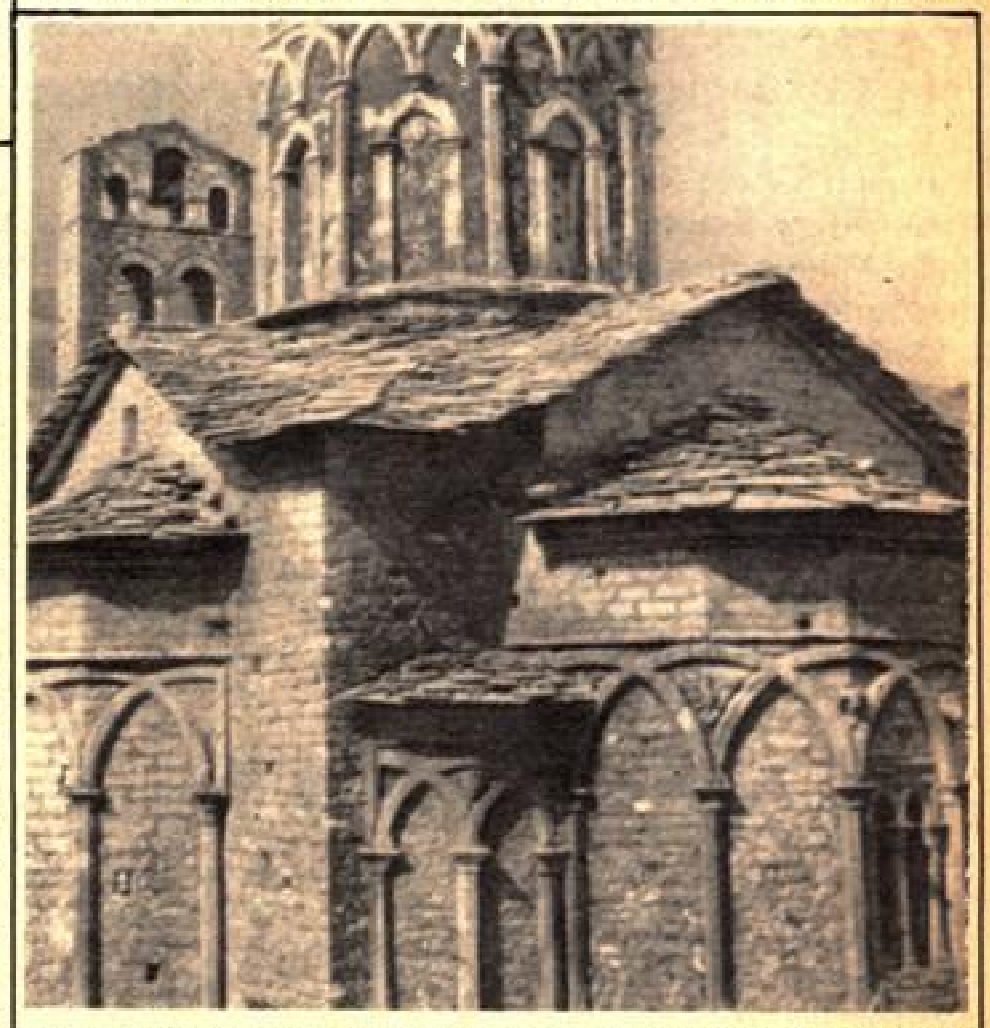
Es muß auch hervorgehoben werden, daß sich unser Kampf nicht nur auf die Schule beschränkte. Wir organisierten hier in Durres viele Veranstaltungen in den Stadtvierteln, meistens zusammen mit der Demokratischen Front. Eine dieser Versammlungen fand in einer Moschee statt, die dann hinterher nie wieder zu religiösen Zwecken benutzt wurde.

Immer deutlicher wurde mit der Zeit der Klassencharakter des Kampfes, vor allem als die Bewegung begann, sich aufs Land auszuweiten. Die Dorfjugend der Umgebung hatte uns gebeten, sie in ihren Aktivitäten zu unterstützen. Sie hatte folgende Sache geplant: Hier in der Nähe gab es ein Kloster, das im ganzen Land als Wallfahrtsort bekannt war. Dort wollte die Dorfjugend eine Veranstaltung durchführen. Sie hatten zwei Veteranen gebeten, über die reaktionäre Rolle der Kirche zu sprechen. Und nun brauchten sie auch noch unsere Unterstützung für diese Versammlung.

Ich kannte das Kloster schon von früher. Wahrhaftig ein Ort des Grauens. Dort lagen auf der bloßen Erde durcheinander Behinderte, geistig Kranke, Menschen mit ansteckenden Krankheiten und warteten auf

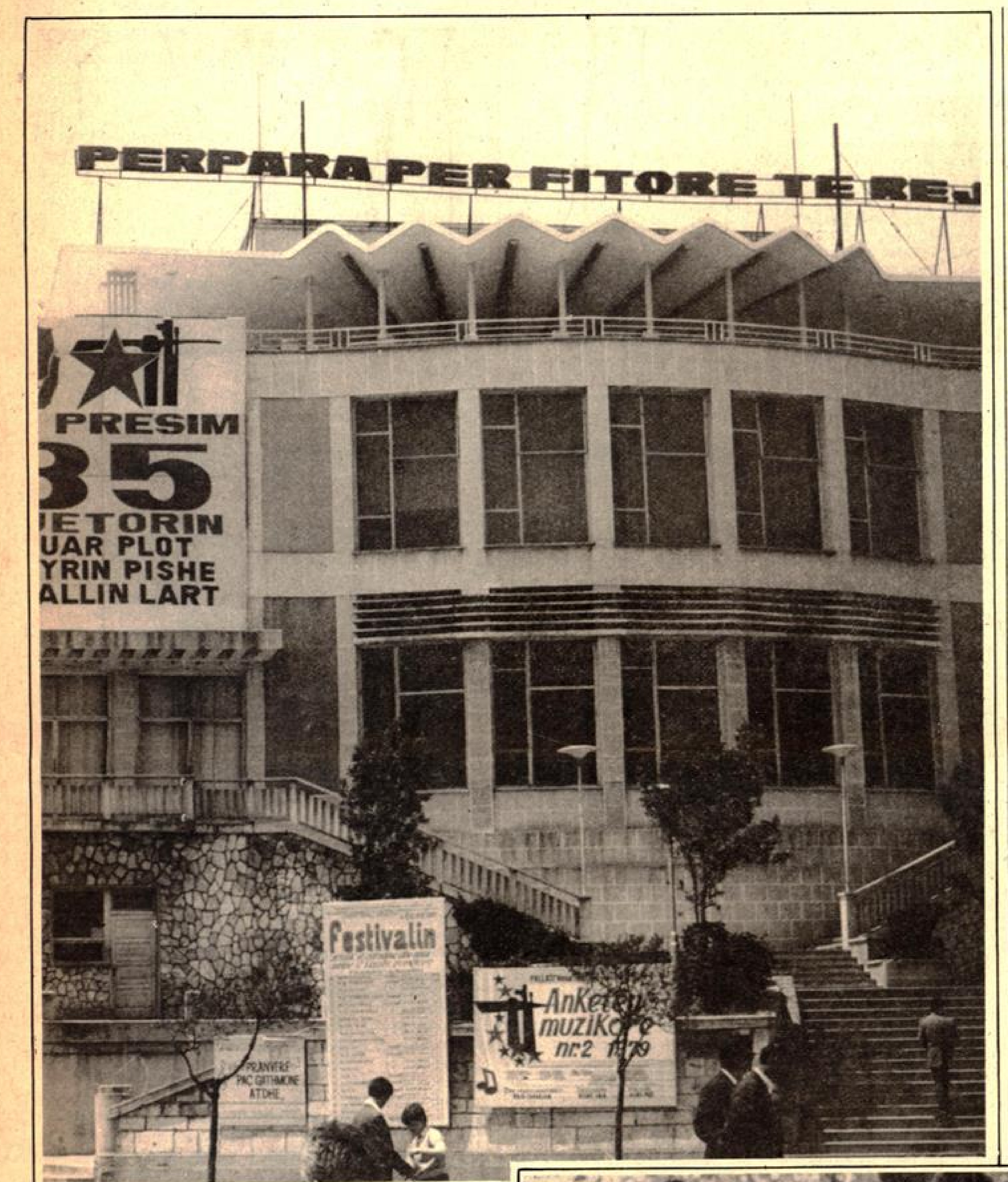


Mit Witz und Überzeugungskraft führen die albanischen Kommunisten den Kampf gegen die Religion und die rückständigen Gebräuche. Die Abbildung zeigt ein Plakat, auf dem die Verdummung durch die christliche Religion angprangert wird.



Von den zahlreichen Kirchen, Moscheen und sonstigen religiösen Gebäuden, die im Laufe der Jahrhunderte in Albanien errichtet wurden, dient keines mehr seinem ursprünglichen Zweck. Sie sind in Sport- und Bildungsstätten umgewandelt worden, sie stehen da als Zeugnisse vergangener Unterdrükkung und Rückständigkeit. — Das Bild zeigt ein ehemaliges Mönchskloster im Distrikt Gjirokastra.

urde ein Jugendpalast



Der Jugendpalast von Durres, eine ehemalige Moschee.

Heilung. Viele Tage mußten sie in den kalten und feuchten Räumen ausharren. Sie wurden nicht einmal richtig ernährt, denn sie sollten dort wie Asketen leben. Selbst Kinder hausten dort. Die Pfaffen ließen sich den Aufenthalt dieser Menschen und ihre Gebete für Heilung fürstlich bezahlen.

Dorthin zogen wir also am 2. Februar. Wir gingen mitten auf den Klosterhof. Die Jugendlichen vom Dorf waren schon da. Die beiden Veteranen sprachen sehr gut und überzeugend, es war eine gelungene Versammlung in einer revolutionären Atmosphäre. Der Abend war schon hereingebrochen, es dunkelte bereits, als wir uns auf den Heimweg machten. Ein Bauer bot uns an, als Führer mit uns zu kommen. Wir nahmen natürlich dankend an, denn es war im Dunkeln nicht so leicht, den Weg zu finden. Was wir nicht wußten: Dieser Bauer steckte mit den Pfaffen unter einer Decke. Und er führte uns dann auch nicht nach Hause, sondern in einen Sumpf. Als wir das merkten, war es zu spät. Wir konnten nicht vor und nicht zurück. Da tauchten plötzlich aus der Nacht mehrere Gestalten auf, und ein Hagel von Steinen ging auf uns nieder. Die Pfaffen hatten also zum Gegenschlag ausgeholt. Aber obwohl viele von uns damals verletzt wurden, dachten wir natürlich nicht im Traum daran, uns einschüchtern zu lassen.

Die Pfaffen haben übrigens auch noch auf eine andere Weise diesen hinterhältigen Angriff ausnutzen wollen. Ich muß noch dazu sagen, daß wir in jener Nacht, um den Weg aus dem Sumpf herauszufinden, Zeitungen und andere Papierstücke angezündet hatten. Also, die Pfaffen setzten jetzt eine Flüsterkampagne in Gang: Die gottlosen Kommunisten hätten sich gegen das Kloster versündigt. Da wäre eine heilige Flamme gekommen und hätte .e verbrannt. Und aus dem Himmel hätte es Steine auf sie geregnet. Das Kloster wurde übrigens später von der Dorfjugend in Besitz genommen. Sie baute einen Teil zum Kulturzentrum aus, in dem anderen Teil wurde eine Entbindungsstation der Genossenschaft eingerichtet.

Der Schlüssel der Moschee

Auf dem Land ist die Bewegung schwungvoll weitergegangen. Nachdem erst einmal die Offensive gegen die Religion eröffnet war, haben sich sehr schnell die Massen eingereiht. Wie ist das auf dem Dorf vor sich gegangen? Ich will ein Beispiel nennen. Hier in der Nähe, in einem Dorf ist eine große Versammlung organisiert worden. Der Mullah [islamischer Geistlicher] hat sich anfangs geweigert, daran teilzunehmen. Aber er ist so lange bekniet worden, bis er dann schließlich nachgegeben hat. Und da stand er nun: er, der Mullah, mitten in einer antireligiösen Massenversammlung. Ein bißchen bleich ist er schon gewesen. Und aus reinem Opportunismus hat er sich dann sogar ein paar positive Worte über unsere Bewegung abgequält. Uns konnte das nur recht sein. Und dann hat uns der Mullah auch noch den Schlüssel für die Moschee gegeben.

Jetzt setzte sich der Zug in Bewegung; die Bauern, die Dorfjugend, wir aus der Stadt, alles strömte hin zur Moschee. Unterwegs aber kam eine bedrückte Stimmung auf. Verschiedene religiöse Elemente hatten gewühlt und ihre Flüsterparolen ausgegeben: Wehe dem, der die Moschee anrührt! Ihm wird der Kopf schief stehenbleiben! Und dann führten wir vor der Moschee unsere Kundgebung durch und erklärten sie von nun ab für geschlossen. Da wich der Druck von den Menschen. Sie waren wie erlöst. Das war natürlich nicht nur wegen der dummen Flüsterparolen. Nein, man konnte es richtig sehen, daß sich hier die Bauern durch diesen revolutionären Akt eines jahrhundertealten Drucks entledigt hatten. Die Kundgebung löste sich in ein richtiges Fest auf. Die Menschen begannen, vor der Moschee zu tanzen, zu scherzen und zu singen.

So ist das damals gewesen. Ich muß aber auch noch den 17. Februar erwähnen. An diesem Tag war der Genosse Enver in unserer Stadt. Wir von der Naim-Frasheri-Schule hatten die Gelegenheit, mit ihm zusammenzutreffen. Ich weiß noch, wie er uns zu unserer Initiative beglückwünscht und uns ermuntert hat, sie weiter voranzutreiben. Er hat uns aber auch ermahnt, niemanden zu beleidigen und vor den Kopf zu stoßen, vor allem mit den Alten sehr behutsam und feinfühlig vorzugehen.

Aber zurück zu unserer Moschee hier in Durres. Ich habe dir ja schon gesagt, daß ihre Schließung vom Beginn der Kampagne an gefordert worden war. Wir ließen nicht locker und brachten immer neue Tatsachen ins Spiel. Zum Beispiel erinnerten wir daran, daß diese Moschee während der italienischen Besatzung mit italienischem Kapital gebaut worden war. Die Mussolini-Faschisten, obwohl sie eng mit dem katholischen Klerus verbunden waren, hatten doch keine Gelegenheit ausgelassen, auch die anderen Kirchen zu unterstützen, wenn das in ihrem reaktionären Interesse lag. Die Forderung nach der Schließung der Moschee wurde jedenfalls immer lauter. Sie wurde ja nicht nur von uns, sondern auch aus den Betrieben und von anderen Schulen erhoben. Um Druck dahinter zu setzen, haben wir unten auf der großen Treppe eine Protestdemonstration durchgeführt.

Und wenig später hat dann ein Vertreter des Exekutivkomitees den Schlüssel offiziell der Jugend von Durres übergeben. Im Juni begann schon der Umbau, und acht Monate später war aus dem ehemaligen Betplatz ein Zentrum für die revolutionären Aktivitäten der Jugend geworden."

Unbeschwert von religiösen Vorstellungen, Alpträumen, Mystizismen, unbeschwert vom Aberglauben wächst die albanische Jugend heran.

Die Frauen aus dem Norden

Soweit der Bericht des Genossen Kabshi. Was er über die Initiative seiner Schule in Durres erzählt hat, war damals weder auf Durres noch auf die Jugend beschränkt. Die Bewegung ist über das ganze Land hinweggegangen und hat alle Schichten der Bevölkerung in ihren Bann gezogen. Ein: treibende Kraft sind übrigens die Frauen gewesen und unter ihnen gerade die aus dem rückständigen Norden. Aber sie waren es ja auch, die am stärksten unter dem Joch der Religion und der reaktionären Sitten zu leiden hatten. Sie waren zu vollständiger Unterwürfigkeit und Rechtlosigkeit verdammt gewesen, wurden noch als Kinder an Männer zwangsverheiratet, die sie oft nicht einmal kannten, geschweige denn liebten. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß zu der Zeit, von der Kabshi erzählte, der albanische Norden etwas erlebte, was es in seiner Geschichte noch nie gegeben hatte: Massenversammlungen von Frauen in den Städten und auch in den Dörfern; Kundgebungen, auf denen eine Frau nach der anderen aufstand und die Religion, die rückschrittlichen Sitten anklagte und ihre vollständige Befreiung forderte.

Nun könnte man natürlich fragen, warum die Albaner mit dieser Bewegung so lange gewartet haben, immerhin mehr als zwei Jahrzehnte seit der Errichtung der Volksmacht. Die Antwort ist denkbar einfach. Niemals hat die Partei der Arbeit von sich aus, losgelöst von den Massen, irgendeine Kampagne vom Zaun gebrochen, und wäre sie objektiv auch noch so berechtigt gewesen. Immer hat die Partei im vollen Einklang mit dem Volk gehandelt. Und so ist es auch mit der Bewegung gegen

Fortsetzung auf Seite 12

Polizeischikanen gegen verletzten Autofahrer

„Polizei — dein Feind und Gegner"

Am 10. Juli 1979 erschien im „Flensburger Tageblatt" unter der Überschrift „Polizei — Freund und Helfer?" der Leserbrief einer empörten Frau. Der Brief schildert ein Geschehen, wie es mittlerweile in der Bundesrepublik an der Tagesordnung ist; er beschreibt eine Erfahrung, die eine wachsende Zahl von Bundesbürgern machen mußte und muß; er macht jedoch auch deutlich, daß immer weniger Bürger bereit sind, derartige Vorfälle unwidersprochen hinzunehmen...

Dem Brief, den wir im Faksimile wiedergeben, ist nichts hinzuzufügen.

Unsere Leser schreiben ...

„Die von uns veröffentlichten Leserbriefe brauchen nicht die Ansicht der Redaktion wiederzugeben. Anonyme Zuschriften können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Kürzungen behält sich die Redaktion vor.

Polizei – Freund und Helfer?

Mein Sohn, der Bundeswehrsoldat Friedhold Burger aus Süderbrarup, Schleswiger Straße 70, verunglückte am 30. Juni 1979, mit seinem Opel Kadett, als er sich nach Dienstschluß auf dem Heimweg befand. In Mohrkirch überschlug sich das Fahrzeug, als es in ein Schlagloch geriet und ein hinterer Reifen platzte. Am Fahrzeug entstand Totalschaden.

Mein Sohn ist mit mittelschweren Verletzungen davongekommen. Ein hilfsbereiter Mitbürger aus Mohrkirch brachte ihn nach Hause. Der Unfall ereignete sich gegen 0.45 Uhr. Mein Mann und ich waren zehn Minuten vorher von einer Geburtstagsfeier zurückgekommen. Als ich meinen Sohn mit seinen Verletzungen sah, rief ich sofort den zuständigen Notarzt an. In Kürze schilderte ich, was passiert war. Der Arzt zeigte kein großes Interesse für eine Hilfeleistung. Er riet mir nur, meinem Sohn Schmerztabletten zu geben. Nach dem Anruf fuhr ich mit meinem Sohn zur Kaserne in Süderbrarup, um den Unfall zu melden. Als wir wieder zurückkamen, dachte ich, daß man bei uns einen Schwerverbrecher sucht.

Drei Polizisten durchsuchten meine Wohnung. Sie hatten an der Vorder- und Hintertür solange geklingelt und geklopft, bis meine Tochter öffnete. Nachdem das Mädchen beiseite gestoßen war, durchsuchten sie die Zimmer. Mein Sohn und ich, gerade zurückgekommen, konnten nicht begreifen, was hier geschah. Mein Mann forderte die Polizisten mehrmals auf, die Wohnung zu verlassen, worauf sie nur mit hämischem Gelächter und Gespött reagierten.

Obwohl mein Sohn mehrmals versicherte, daß er nichts getrunken hatte, mußte er „pusten". Er konnte es nur unter großen Schmerzen tun, wobei ihm die Tränen kamen, weil er die Rippen gebrochen hatte. Aber damit nicht genug. Weil sich keine Verfärbung zeigte, mußte er mit zur Wache, um sich einer Blutprobe zu unterziehen. Vorher mußte er jedoch noch einmal „pusten" Die Papiere meines Sohnes wurden meinem Mann vorher einfach aus der Hand gerissen. Die Blutprobe ergab keinerlei Anzeichen für Alkohol. Darüber waren die „Herren Polizisten" doch sichtlich enttäuscht, denn sie hätten liebend gern den Führerschein behalten.

Die Schmerzen meines Sohnes wurden inzwischen immer stärker. Die Polizisten erklärten ihm, um einen Unfallwagen zu rufen oder ihn ins Krankenhaus zu fahren, dazu hätten sie wirklich keine Zeit.

Ich brachte meinen Sohn frühmorgens ins Krankenhaus nach Kappeln, wo er sich noch heute befindet. Außer den äußerlich sichtbaren Verletzungen, stellten sich eine Gehirnerschütterung, schwerer Schock, Prellungen und Rippenbrüche heraus.

Mir stellt sich nun die Frage: Drei Polizisten beschäftigen sich über eine Stunde mit einem Verletzten in der Hoffnung, ihm Alkohol am Steuer nachweisen zu können. Aber sie haben nicht zehn Minuten Zeit, einen Unfallwagen zu rufen. Kann man solchen Beschützern des Staates noch vertrauen? Die Polizei, dein Freund und Helfer? Oder, dein Feind und Gegner?

Ingrid Burger, Süderbrarup

Unkontrollierter Skylab-Absturz

„Die Trümmer schlugen rund um uns ein"

Gleichsam ohne Vorwarnung schlugen die Trümmer des 77 Tonnen schweren Raumlabors Skylab in bewohnte Gebiete Westaustraliens. Ganze acht Minuten waren geblieben, um die betroffene Bevölkerung vorzuwarnen.

Der völlige Zerfall des Raumlabors trat in der Umgebung von Kalgoorlis, einer Bergarbeiterstadt mit 20.000 Einwohnern, ein. Bis zu zweieinhalb Tonnen schwere Bruchstücke stürzten zur Erde. Daß niemand getroffen, verletzt oder getötet wurde, ist ein Zufall.

Mitten im Trümmerregen befanden sich zum Beispiel die Bewohner einer Schaf- und Rinderfarm. Der Farmer berichtete: „Die Trümmer schlugen rund um uns ein. (...) Wir fühlten drei gewaltige Erschütterungen, als die Trümmer einschlugen. (...) Hunderte von Lichtern fielen rund um das Haus nieder. (...) Die ganze Zeit herrschte ein Höllenlärm, als es einschlug. Es dauerte ungefähr eine Minute. Dann konnten wir den Lärm vom Wind hören, als die größeren Teile über uns hinwegflogen."

Auch der Flugverkehr über Westaustralien konnte praktisch nicht rechtzeitig gewarnt und eingestellt werden. Zur Zeit des Absturzes befanden sich mehrere Flugzeuge in der Luft, deren Piloten Zeugen des Absturzes wurden.

Die amerikanische Raumfahrtbehörde NASA hatte zunächst den Indischen Ozean vor der südafrikanischen Küste als das Zielgebiet des Absturzes angegeben. Selbst nach dem Absturz verbreitete die NASA noch immer die Falschmeldung, daß die Trümmer im Indischen Ozean niedergegangen seien.

Der Absturz von Skylab zeigte, wie wenig die NASA-Spezialisten die sinkende Raumstation unter Kontrolle hatten; er zeigt, daß sie mit ihren beschwichtigenden Verlautbarungen die Bevölkerung zwischen dem 50. Grad nördlicher und südlicher Breite über das wirkliche Ausmaß der Bedrohung hinwegtäuschen wollten.

Der Absturz brachte auch eine weitere bezeichnende Einzelheit an den Tag: Von der NASA war stets abgestritten worden, daß sich irgendwelches radioaktives Material an Bord des Raumlabors befände. Nach dem Absturz jedoch forderte die NASA die Westaustralier auf, die Skylab-Trümmer mit Vorsicht zu behandeln, da sie radioaktiv seien.

Skylab auf Erdumlaufbahn

Aus der Moschee wurde ein Jugendpalast

Fortsetzung von Seite 11

die Religion gewesen.

Heute ist es so, daß die Religion kaum noch eine Rolle spielt (im Gegensatz zu anderen rückschrittlichen Ideen, die wesentlich hartnäckiger sind). Und die wenigen, die an ihren Gott glauben, können das auch weiter tun. Niemals hat die Partei, hat der Staat daran gedacht, diesen Menschen ihren Glauben zu verbieten.

Der großen Masse der Mullahs, der Popen und der anderen Kleriker wurde selbstverständlich die Möglichkeit gegeben, sich in die sozialistische Gemeinschaft einzuordnen. Man hatte ihnen mit der Schließung der Kirchen nur die materielle Möglichkeit für die Weiterführung ihres Parasitenlebens genommen. Aber sie konnten es ja, wie die anderen Albaner auch, einmal mit ehrlicher Arbeit versuchen. Was dann der überwiegende Teil dieser Menschen auch getan hat.

In der Dropulli-Region im südlichen Albanien, wo die griechische Minderheit lebt, hatte ich die Gelegenheit, so einen Popen kennenzulernen. Er war seine Kirche auf eine ganz unspektakuläre Art losgeworden. In einem Jahr hatten die Bauern eine so gute Tabakernte eingebracht, daß es ihnen an Lagerraum dafür mangelte. Also klopften sie beim Popen an und baten ihn, seine Kirche dafür zur Verfügung zu stellen. Sie würde ja eh kaum gebraucht. Nach langem Zögern willigte der Gottesmann schließlich ein, und seitdem ist seine Kirche ein Lagerhaus geblieben. Er selbst ist inzwischen ein Rentner, ein angesehener Mann übrigens im Dorf. Denn er hatte nach der Schließung der Kirche sein Brot als Maurer verdient und sich unversehens — wie die Bauern mir sagten — zu einem wahren Meister dieses Fachs entwickelt. So ist durch die revolutionäre Bewegung gegen die Religion auch ein Vertreter der Geistlichkeit noch zu Ansehen unter den Menschen gelangt.

In der nächsten Ausgabe lesen Sie eine Reportage über ein wichtiges Instrument der Diktatur des Proletariats in Albanien: „Die Arbeiter- und Bauernkontrolle in Aktion".

Zu Adam Scharrers 90. Geburtstag

Ein revolutionärer Bauernschriftsteller

Am 13. Juli wäre der Schriftsteller Adam Scharrer 90 Jahre alt geworden. Scharrer ist ein in Westdeutschland kaum bekannter Autor. Bekannt bestenfalls als der Verfasser des Romans „Vaterlandslose Gesellen" aus dem Jahr 1930, des ersten antimilitaristischen Romans über den Ersten Weltkrieg aus der Sicht eines revolutionären Arbeiters. — Wer aber weiß, daß Scharrer auch ein bedeutender revolutionärer Bauernschriftsteller war? Daß er in seinen Romanen und Erzählungen die Probleme dieser in unserer neueren fortschrittlichen Literatur wenig beachteten Schichten gestaltet hat?

Zunächst Scharrers Lebensdaten. Scharrer wurde 1889 als Sohn eines Gemeindehirten in Niederbayern geboren. Er wurde Hütejunge, dann Schlosserlehrling. Auf Arbeitssuche streifte er durch halb Europa. Er arbeitete als Werft- und Metallarbeiter in Kiel und Hamburg, war Soldat im ersten Weltkrieg, dann Rüstungsarbeiter in Berlin. 1918 nahm er am Munitionsarbeiterstreik teil und wurde Mitglied des Spartakusbundes und der KPD. 1920 wechselte er jedoch zur linkssektiererischen KAP über. Von dieser Sekte löste er sich erst 1933 wieder. Vor der Nazidiktatur emigrierte Scharrer zunächst in die Tschechoslowakei, dann in die Sowjetunion. 1945 kehrte er in die sowjetisch-besetzte Zone zurück, um am Neuaufbau teilzunehmen. Er starb am 2. März 1948.

Scharrers Bedeutung als Gestalter der Bauern und ihrer Probleme hat der Schriftsteller Friedrich Wolf in einem Nachruf gewürdigt. Wolf, der Scharrer persönlich kannte, schrieb:

„Dann traf ich Adam wieder 1934 in Moskau beim Schriftstellerkongreß. Er kam aus Prag, seinen neuen Roman „Maulwürfe" im Rucksack. Dieser große Bauernroman der Gegenwart zeigte Scharrer in seiner ganzen Eigenart. Der Schauplatz ist hier seine niederbayrische Heimat. Die Sprache ist wie aus Holz geschnitten; in entscheidenden Momenten herrscht der Dialekt vor. Es geht um den Anfang von Nazideutschland, die illegale erste Arbeit auf dem Lande mit all ihren Fehlern und Irrwegen, mit dem stummen Heroismus der wenigen Kämpfer; das KZ Dachau taucht auf, die SA-Revolte geistert hinein, Flugblätter in der Dorfkirche und dann kurz vor dem Schluß der Satz: ‚Ma ka die Wahrheit ins Zuchthaus und untern Erdbudn treibn, aus der Welt geschafft wirds net!' Man muß bedenken, daß Scharrer diesen Satz bereits 1934 — in Deutschlands tiefster Umnachtung — schrieb! Und weiter dort in seinem ostfränkischen Dialekt: ‚Und wer san die, die ihna's Rückgrat brechen wolln? Dös san die, die Milliona Menschn vor die Kanona triebn hom, daß zsammengeschossn wordn san zu an Dreck! Und die s' itzt wieder vor die Kanona treibn wolln...' — Geschrieben im Jahre 1934!

In der Sowjetunion interessierte sich Scharrer naturgemäß am meisten für Bauernfragen. Er siedelte für Jahre in eine ukrainische Kollektivwirtschaft über. Dort schrieb er viele Kurzgeschichten über das Leben der russischen Bauern, so wie er — ein deutscher Bauernsohn — es sah."

Neben dem Roman „Maulwürfe" ist „Der Hirt von Brauweiler" Scharrers zweiter großer Bauernroman. Einen geplanten Roman über die Bodenreform im Osten Deutschlands konnte Scharrer nicht mehr ausführen.